

Verkehrsblatt

Amtsblatt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
der Bundesrepublik Deutschland (VkB.I.)

INHALTSVERZEICHNIS

53. Jahrgang

Ausgegeben zu Bonn am 15. September 1999

Heft 17

Amtlicher Teil

Nr.	Datum	VkB.I. 1999	Seite
Eisenbahnen			
149	17. 8. 1999	Bekanntmachung der Planfeststellung für die Aus- und Neubaustrecke (ABS/NBS) Stuttgart – Ulm – Augsburg im Bereich Wendingen – Ulm, Planfeststellungsabschnitt Kirchheim, Weilheim, Aichelberg (PFA 2.1c), von Planungs-km 34,252 bis 39,270.....	610
Straßenverkehr			
150	12. 8. 1999	30. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 5. August 1998 sowie Veröffentlichung der Fundstellen von Einzelrichtlinien im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	613
151	13. 8. 1999	Verzeichnis der in der Bundesrepublik Deutschland zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Kraftfahrt-Haftpflichtversicherer – Neubekanntgabe	619
Binnenschifffahrt			
152	4. 8. 1999	Verwaltungsvorschrift für die Erhebung der Schifffahrtsabgaben im Binnenbereich (VV-WSV 3201)	625

Nr.	Datum	VkB.I. 1999	Seite
153	23. 8. 1999	Änderung der Richtlinien an die zuständigen Behörden nach § 1.05 Rheinpatentverordnung § 18 Abs. 1 Satz 2 Binnenschifferpatentverordnung.....	631
154	26. 8. 1999	I. Nachtrag zum Tarif für die Schifffahrtsabgaben auf den nord-deutschen Bundeswasserstraßen im Binnenbereich	631
155	27. 8. 1999	XXIV. Nachtrag zum Tarif für die Schifffahrtsabgaben auf den süd-deutschen Bundeswasserstraßen	633
Wasserstraßen			
156	5. 8. 1999	Standardleistungskatalog für den Wasserbau (STLK) Leistungsbereich 216, Ausgabe Juni 1999.....	634

AMTLICHER TEIL

Eisenbahn**Nr. 149 Bekanntmachung der Planfeststellung für die Aus- und Neubaustrecke (ABS/NBS) Stuttgart – Ulm – Augsburg im Bereich Wendlingen – Ulm, Planfeststellungsabschnitt Kirchheim, Weilheim, Aichelberg (PFA 2.1c), von Planungs-km 34,252 bis 39,270**

Mit dem Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) vom 13. 8. 1999, Az.: 1015 Pap NBS 2.1c ist der Plan für das o. g. Bauvorhaben im Bereich der Gemeinden Kirchheim, Weilheim und Aichelberg gemäß § 18 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) festgestellt worden.

Die Trassenführung des vorliegenden Planfeststellungsabschnitts beginnt auf dem Gebiet der Stadt Kirchheim, Gemarkung Jesingen bei Bahnkilometer 34,252 auf Höhe des Waldgebietes Hasenholz südlich der BAB A 8. Vom Beginn des Planfeststellungsabschnittes im Westen kommend wird die Neubaustrecke auf Niveau der Autobahn geführt. Nach Überquerung der Lindach und der Landesstraße L 1200 Kirchheim – Weilheim wird sie in Einschnittslage parallel zur BAB geführt. Die

Gemeindeverbindungsstraße „Holzmadener Straße“ zwischen Weilheim und Holzmaden wird unterfahren und die Linienführung soweit abgesenkt, dass die NBS den Seebach unter Beibehaltung seiner heutigen Bachsohle überquert. Daran anschließend folgt ein 225 m langer Tunnel unter dem Autobahnrastplatz „Vor dem Aichelberg“ hindurch, der in seinem westlichen Teil um ca. 2,80 m angehoben werden muß. Nach dem Tunnelaustritt wird von der Autobahnparallallage soweit abgeschwenkt, dass die Autobahnanschlussstelle Aichelberg in ihrer derzeitigen Lage beibehalten werden kann. Die Linienführung im Anschluss an die Unterquerung des Rastplatzes steigt mit 31 ‰ (Längsneigung im Ausnahmefall) auf, um nach Überquerung der Landesstraße L 1214 Weilheim – Aichelberg in geringstmöglicher Höhenlage mit max. 25 ‰ (max. Längsneigung im Regelfall) dem Alaufstiegstunnel zuzulaufen. Der Planfeststellungsabschnitt endet unmittelbar danach am Tunnelmund des Alaufstiegs bei Bahnkilometer 39,270 im Waldgebiet Ziegelrain auf der Gemarkung Aichelberg.

A. Verfügender Teil des Beschlusses (Auszug)**I. Feststellung des Planes**

Gemäß § 18 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2396; 1994 I S. 2439), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 5 des Gesetzes vom 26.

August 1998 (BGBl. I S. 2521) wird der Plan der Deutschen Bahn AG – seit 1. 6. 1999 DB Netz AG – (Vorhabenträgerin) für den Bau der Aus- und Neubaustrecke Stuttgart – Augsburg, Abschnitt Stuttgart – Ulm, Bereich Wendlingen – Ulm im Planfeststellungsabschnitt 2.1.c Kirchheim – Weilheim – Aichelberg, Bahn-km 34,252 bis 39,270 einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen mit den in den Planunterlagen eingetragenen Änderungen nach Maßgabe der in diesem Beschluss angeführten Vorbehalte, Erlaubnisse, Zusagen, Nebenbestimmungen und Schutzanlagen festgestellt.

Gemäß § 75 Abs. 1 VwVfG sind von der Planfeststellung der Betriebsanlagen der Eisenbahn und ihren Folgemaßnahmen sämtliche weiteren öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen umfaßt.

II. Gegenstand der Planfeststellung

Gegenstand der Planfeststellung ist der Neubau einer zweigleisigen elektrifizierten Eisenbahnstrecke von Bahn-km 34,252 bis Bahn-km 39,270 mit der Oberbauform Feste Fahrbahn. Die Planung beinhaltet im Bereich des Planfeststellungsabschnittes neben der Neubaustrecke mit ihren Dämmen, Einschnitten und Seitenablagerungen nachfolgend aufgeführte wesentliche Bestandteile:

1. Betriebsanlagen der Eisenbahnen des Bundes (EdB)

- dreifeldrige Eisenbahnüberführung über die Lindach in Betonkonstruktion,
- zweifeldrige Eisenbahnüberführung über die L 1200 in Betonkonstruktion,
- dreifeldrige Eisenbahnüberführung über die L 1214 in Betonkonstruktion,
- ca. 260 m langes Bauwerk zur Unterfahrung des Rastplatzes „Vor dem Aichelberg“,
- zwei eingleisige Tunnelportale in Betonkonstruktion als Einfahrt in den Albstiegstunnel,
- Rettungsplatz zwischen Autobahn A 8 und Neubaustrecke im Bereich der Tunnelportale mit einer Größe von ca. 1500 m² und Abstützungsbauwerken (Gabionen) zur Seitenablagerung zwischen Autobahn und Neubaustrecke,
- Reaktivierung der stillgelegten eingleisigen Eisenbahnstrecke zwischen Holzmaden und Weilheim als Anschlussgleis für den nichtöffentlichen Verkehr für die Baustellenerschließung einschließlich Errichtung eines provisorischen Bahnüberganges mit technischer Sicherung im Zuge der L 1200,
- die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen.

2. Notwendige Folgemaßnahmen (Anlagen Dritter)

- zweifeldrige Straßenbrücke über die Neubaustrecke in Betonkonstruktion im Zuge der Holzmadener Straße,
- ca. 210 m lange Stützwand parallel zur Neubaustrecke als Abschluss des Regenrückhaltebeckens für den Seebach zum Schutz der Ortsbebauung von Holzmaden,
- hydraulisch wirksame Abflussbauwerke zur Bewältigung der Hochwassersituation des Seebaches bei 100-jährlichem Regenereignis,
- Anhebung des Autobahn-Rastplatzes „Am Aichelberg“ in seinem heutigen Umfang,
- Rampenbauwerk mit Straßenbrücke über den Seebach und den dortigen Feldweg in Betonkonstruktion als neue Zufahrt für den neuen Rastplatz,
- Fußgängersteg über die verlegte Lindach in Betonkonstruktion zur Erhaltung der heutigen Wegeverbindungen,
- Anpassung der Landesstraßen L 1200, L 1214, der Holzmadener Straße, der Betriebsumfahrt der Autobahn sowie die Autobahn BAB A 8,
- Anpassung Feldwegenetz sowie betroffene Leitungsabschnitte verschiedener Leitungsträger,
- die Verlegung der Lindach,
- die Verlegung des Seebaches,
- Rückbau einer Hofstelle,
- die landschaftspflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gemäß Landschaftspflegerischem Maßnahmenplan.

III. Planunterlagen

Der festgestellte Plan besteht aus dem Planfeststellungsbeschluss und 5 Bänden Planunterlagen mit den darin näher bezeichneten Anlagen. Änderungen und Ergänzungen, die sich im 1. und 2. Deckblattverfahren im Anhörungsverfahren bzw. als Entscheidung des Eisenbahn-Bundesamtes ergeben haben, sind im abschließenden Deckblatt berücksichtigt, das insoweit die ursprüngliche Planung ersetzt.

IV. Wasserrechtliche Entscheidungen

Die Planfeststellung gemäß 18 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz i. V. m. §§ 2, 3, 4, 7, 14, 31, 32, 34 und 35 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und i. V. m. den Vorschriften des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG) beinhaltet die erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnisse unter Bezugnahme auf das Bauwerksverzeichnis und die Anlage „Wasserrechtliche Tatbestände“ (Teil A, Band 1).

V. Zurückweisung von Einwendungen

Die Einwendungen der Privaten, der Kommunen und der anerkannten Naturschutzverbände werden, soweit sie nicht ausdrücklich zurückgenommen oder gegenstandslos geworden sind oder ihnen durch Zusagen oder sonst durch diese Entscheidung entsprochen wird, zurückgewiesen.

VI. Vorbehalt

Die Planfeststellung ergeht unter dem Vorbehalt, dass für die technische Ausführung der Hochwasserentlastungsanlage und des Grundablasses des Hochwasserrückhaltebeckens am Seebach einschließlich der damit verbundenen Anpassungsmaßnahmen am Seebach nördlich der BAB A 8 ein Ergänzungsverfahren durchgeführt wird.

VII. Nebenbestimmungen

Nebenbestimmungen und Hinweise sind im Planfeststellungsbeschluss insbesondere zu folgenden Bereichen enthalten:

1. Lärm- und Erschütterungsemissionen, elektromagnetische Felder,
2. Natur und Landschaft, Erholung,
3. Bodenschutz,
4. Wasserwirtschaft,
5. Landwirtschaftliche Belange,
6. Forstwirtschaftliche Belange,
7. Kulturgüter,
8. Belange der Straßenbauverwaltung,
9. Belange von Versorgungsunternehmen und Leitungsträgern,
10. Brand- und Katastrophenschutz,
11. Bauausführungsplanung,
12. Bauausführung.

B. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Schubertstraße 11, 68165 Mannheim, erhoben werden.

Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Die Klage muß den Kläger, die Beklagte (Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Präsidenten des Eisenbahn-Bundesamtes, Außenstelle Stuttgart, Olgastraße 13, 70182 Stuttgart) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Der Kläger hat innerhalb einer Frist von sechs Wochen die Tatsachen, durch deren Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung im Verwaltungsverfahren er sich beschwert fühlt, anzugeben. Erklärungen oder Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, können durch das Gericht zurückgewiesen werden.

Vor dem Verwaltungsgerichtshof muss sich jeder Beteiligte durch einen Rechtsanwalt oder einen Rechtslehrer an einer Deutschen Hochschule als Bevollmächtigten vertreten lassen, soweit er einen Antrag stellt. Juristische Personen des öffentlichen Rechts und Behörden können sich auch durch Beamte oder Angestellte mit Befähigung zum Richteramt sowie Diplomjuristen im höheren Dienst vertreten lassen.

Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss für diese Betriebsanlage der Eisenbahnen des Bundes, für die nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz vordringlicher Bedarf festgestellt ist, hat keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Abs. 5 Satz 1 Verwaltungsgerichtsordnung kann nur innerhalb eines Monats nach der Zustellung dieses Planfeststellungsbeschlusses beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Schubertstraße 11, 68165 Mannheim, gestellt und begründet werden.

C. Auslegung des Beschlusses

Der Planfeststellungsbeschluss liegt mit einer Ausfertigung des festgestellten Planes vom 27. 9. 1999 bis 8. 10. 1999 jeweils während der Dienststunden in folgenden Gemeinden zur Einsicht aus:

Stadt Kirchheim u. T.
Marktstraße 14
73230 Kirchheim unter Teck
Stadt Weilheim an der Teck
Marktplatz 6
73235 Weilheim an der Teck
Gemeinde Aichelberg
Vorderbergstraße 2
73101 Aichelberg
Gemeinde Holzmaden
Bahnhofstraße 2
73271 Holzmaden

Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist allen Betroffenen und denjenigen gegenüber, die Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Der Planfeststellungsbeschluss (verfügender Teil und Begründung, jedoch nicht der festgestellte Plan selbst) kann bis zum Ablauf der in der Rechtsbehelfsbelehrung des Planfeststellungsbeschlusses genannten einmonatigen Rechtsbehelfsfrist von den Betroffenen und denjenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, schriftlich beim Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Stuttgart, Olgastraße 13, 70182 Stuttgart, angefordert werden.

Stuttgart, den 17. August 1999

Eisenbahn-Bundesamt
Außenstelle Stuttgart
Im Auftrag
K a u f m a n n

(VkBli. 1999 S. 610)

Straßenverkehr

Nr. 150 30. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 5. August 1998 sowie Veröffentlichung der Fundstellen von Einzelrichtlinien im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

Bonn, den 12. August 1999
S 33/37.15.00

Nachstehend gebe ich

- die 30. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 5. August 1998 (BGBl. I S. 2042) einschließlich Begründung sowie
- die Liste der Einzelrichtlinien zu den EWG-Betriebserlaubnisrichtlinien gemäß § 19 Abs. 1 Satz 3 und § 30 Abs. 4 Satz 2 StVZO

bekannt.

Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen
Im Auftrag
Dr. Borkenstein

**Dreißigste Verordnung
zur Änderung
straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften
Vom 5. August 1998**

Auf Grund

- des § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Nr. 3 Buchstabe a und b, Nr. 4 sowie Nr. 7 des Straßenverkehrsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 9231-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die Eingangsworte in Nummer 1 und Nummer 1, zuletzt geändert durch Artikel 1 Nr. 10 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa und bb des Gesetzes vom 24. April 1998 (BGBl. I S. 747), Nummer 2, geändert durch Artikel 1 Nr. 10 Buchstabe a Doppelbuchstabe dd des Gesetzes vom 24. April 1998 (BGBl. I S. 747), die Eingangsworte in Nummer 3, zuletzt geändert durch Artikel 1 Nr. 10 Buchstabe a Doppelbuchstabe ee Dreifachbuchstabe aaa des Gesetzes vom 24. April 1998 (BGBl. I S. 747), Nummer 4 eingefügt durch Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 19. März 1969 (BGBl. I S. 217), Nummer 7 eingefügt durch § 70 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), verordnet das Bundesministerium für Verkehr,
- des § 6 Abs. 1 Nr. 5a, Nr. 7 und Abs. 2a des Straßenverkehrsgesetzes, Absatz 1 Nr. 5a eingefügt durch § 70 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), Absatz 1 Nr. 7 eingefügt durch § 70 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) und Absatz 2a eingefügt gemäß Artikel 22 Nr. 2 der Verordnung vom 26. November 1986 (BGBl. I S. 2089) und geändert durch Artikel 1 Nr. 10 Buchstabe c des Gesetzes vom 24. April 1998 (BGBl. I S. 747), verordnen das Bundesministerium für Verkehr und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Artikel 1

Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung

Die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. September 1988 (BGBl. I S. 1793), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 26. Mai 1998 (BGBl. I S. 1159), wird wie folgt geändert:

1. In § 19 Abs. 1 wird Satz 2 durch folgende Sätze ersetzt:

„Die Betriebserlaubnis ist ferner zu erteilen, wenn das Fahrzeug anstelle der Vorschriften dieser Verordnung die Einzelrichtlinien in ihrer jeweils geltenden Fassung erfüllt, die

1. in Anhang IV der Richtlinie 92/53/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. EG Nr. L 225 S. 1) oder
2. in Anhang II der Richtlinie 74/150/EWG des Rates vom 4. März 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis für land- oder forstwirtschaftliche Zugmaschinen auf Rädern (ABl. EG Nr. L 84 S. 10) oder
3. in Anhang I der Richtlinie 92/61/EWG des Rates vom 30. Juni 1992 über die Betriebserlaubnis für zweirädrige oder dreirädrige Kraftfahrzeuge (ABl. EG Nr. L 225 S. 72)

in seiner jeweils geltenden Fassung genannt sind. Die jeweilige Liste der in Anhang IV der Betriebserlaubnisrichtlinie 92/53/EWG, in Anhang II der Betriebserlaubnisrichtlinie 74/150/EWG und in Anhang I der Betriebserlaubnisrichtlinie 92/61/EWG genannten Einzelrichtlinien wird unter Angabe der Kurzbezeichnungen und der ersten Fundstelle aus dem Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom Bundesministerium für Verkehr im Verkehrsblatt bekanntgemacht und fortgeschrieben. Die in Satz 2 genannten Einzelrichtlinien sind jeweils ab dem Zeitpunkt anzuwenden, zu dem sie in Kraft treten und nach Satz 3 bekanntgemacht worden sind. Soweit in einer Einzelrichtlinie ihre verbindliche Anwendung vorgeschrieben ist, ist nur diese Einzelrichtlinie maßgeblich.“

2. In § 30 wird nach Absatz 3 folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Anstelle der Vorschriften dieser Verordnung können die Einzelrichtlinien in ihrer jeweils geltenden Fassung angewendet werden, die

1. in Anhang IV der Richtlinie 92/53/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. EG Nr. L 225 S. 1) oder
2. in Anhang II der Richtlinie 74/150/EWG des Rates vom 4. März 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis für land- oder forstwirtschaftliche Zugmaschinen auf Rädern (ABl. EG Nr. L 84 S. 10) oder

3. in Anhang I der Richtlinie 92/61/EWG des Rates vom 30. Juni 1992 über die Betriebserlaubnis für zweirädrige oder dreirädrige Kraftfahrzeuge (ABl. EG Nr. L 225 S. 72)

in seiner jeweils geltenden Fassung genannt sind. Die jeweilige Liste der in Anhang IV der Betriebserlaubnisrichtlinie 92/53/EWG, in Anhang II der Betriebserlaubnisrichtlinie 74/150/EWG und in Anhang I der Betriebserlaubnisrichtlinie 92/61/EWG genannten Einzelrichtlinien wird unter Angabe der Kurzbezeichnungen und der ersten Fundstelle aus dem Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom Bundesministerium für Verkehr im Verkehrsblatt bekanntgemacht und fortgeschrieben. Die in Satz 1 genannten Einzelrichtlinien sind jeweils ab dem Zeitpunkt anzuwenden, zu dem sie in Kraft treten und nach Satz 2 bekanntgemacht worden sind. Soweit in einer Einzelrichtlinie ihre verbindliche Anwendung vorgeschrieben ist, ist nur diese Einzelrichtlinie maßgeblich.“

Artikel 2

Änderung der Verordnung über die EG-Typgenehmigung für Fahrzeuge und Fahrzeugteile (EG-TypV)

Die Verordnung über die EG-Typgenehmigung für Fahrzeuge und Fahrzeugteile vom 9. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3755), geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 12. August 1997 (BGBl. I S. 2051), wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Diese Verordnung gilt für die EG-Typgenehmigung von

1. Kraftfahrzeugen mit mindestens vier Rädern und mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von mehr als 25 km/h und ihren Anhängern (Fahrzeuge), die in einer oder mehreren Stufen gefertigt werden, sowie
2. Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten

nach der Richtlinie 92/53/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. EG Nr. L 225 S. 1) in ihrer jeweils geltenden Fassung.“

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 5. August 1998

Der Bundesminister für Verkehr

W i s s m a n n

Die Bundesministerin

für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Angela M e r k e l

Begründung

Allgemeines

1. Die EG-Betriebserlaubnis bzw. EG-Typgenehmigung wurde im Jahre 1970 eingeführt und seitdem fortentwickelt. Sie basiert auf drei Betriebserlaubnisrichtlinien (Richtlinie 70/156/EWG bzw. 92/53/EWG für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger, Richtlinie 74/150/EWG für land- oder forstwirtschaftliche Zugmaschinen sowie Richtlinie 92/61/EWG für zweirädrige oder dreirädrige Kraftfahrzeuge). Die Betriebserlaubnisrichtlinien legen jeweils den Anwendungsbereich fest, regeln das Verfahren für die Erteilung, Änderung und Beendigung der Betriebserlaubnis bzw. Typgenehmigung und verankern die rechtliche Bedeutung der Betriebserlaubnis bzw. Typgenehmigung.

Zu jeder der drei Betriebserlaubnisrichtlinien werden sogenannte technische Einzelrichtlinien erlassen, die sich jeweils mit bestimmten Fahrzeugteilen und den technischen Anforderungen an diese befassen (Bremsen, Lenkung, Beleuchtung etc.). Jede der drei Betriebserlaubnisrichtlinien enthält eine Auflistung von solchen für die Genehmigung eines Fahrzeugtyps erforderlichen technischen Einzelrichtlinien (Anhang IV in der Richtlinie 92/53/EWG, Anhang II in der Richtlinie 74/150/EWG und Anhang I in der Richtlinie 92/61/EWG). Die Zahl der technischen Einzelrichtlinien in Anhang IV der Betriebserlaubnisrichtlinie 92/53/EWG beträgt inzwischen 52.

Die technischen Einzelrichtlinien werden aufgrund der technischen Weiterentwicklung laufend geändert („Anpassung an den technischen Fortschritt“). Die Änderungen werden jeweils im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht.

Außerdem werden die Auflistungen in den genannten Anhängen der Betriebserlaubnisrichtlinien aufgrund der technischen Fortentwicklung erweitert bzw. ergänzt. Die Auflistung begnügt sich jedoch mit der Nennung der Bezeichnung der technischen Einzelrichtlinien, ohne dass die Fundstellen nach dem neuesten Stand fortgeschrieben werden; diese Fortschreibung erfolgt – wie bereits erwähnt – separat für die jeweilige technische Einzelrichtlinie durch Veröffentlichung im EG-Amtsblatt.

2. Die fristgerechte Umsetzung der EG-Richtlinien bereitet besondere Schwierigkeiten. Die zahlreichen Richtlinienänderungen (wegen der Anpassung an den technischen Fortschritt) und die in den Änderungen enthaltenen z. T. recht kurzen Umsetzungsfristen haben in den letzten Jahren zu hohen Rückständen bei der Umsetzung geführt. Die nicht rechtzeitige Umsetzung wird zunehmend kritisiert. Jede Umsetzung einer Richtlinienänderung erfordert eine Rechtsverordnung des Bundesministers für Verkehr (bei umweltrelevanten Richtlinien auch unter Beteiligung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit), die stets der Zustimmung des Bundesrates bedarf (vgl. § 6 Abs. 1 Straßenverkehrsgesetz). Der Zeitbedarf für jede Umsetzung beläuft sich auf mindestens 4 bis 6 und durchschnittlich 10 Monate.

Eine grundlegende Lösung der bestehenden Schwierigkeiten und eine Vermeidung von Umsetzungsrückständen lassen sich nur erreichen, wenn die Richtlinienänderungen, die ohnehin jeweils im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht werden, ohne jeweils gesonderte Umsetzungsverordnung – lediglich durch Verweisung in der StVZO – direkt angewendet werden, so wie sie im EG-Amtsblatt verkündet sind. Eine solche gleitende Verweisung ist grundsätzlich nur bei solchen Richtlinien zulässig, die technische Regelungen enthalten und keinen Umsetzungsspielraum mehr für den deutschen Verordnungsgeber lassen. Dies ist bei den betreffenden Richtlinien (insbesondere über die technischen Anforderungen und technischen Prüfverfahren an Fahrzeugen bzw. Fahrzeugteilen) der Fall.

3. Die bisherigen Regelungen in der StVZO brachten keinen entscheidenden Beitrag für die Lösung der Umsetzungsprobleme. Zwar lässt die schon seit einer Reihe von Jahren bestehende Vorschrift in § 19 Abs. 1 Satz 2 StVZO die Anwendung der EG-Richtlinien anstelle der Vorschriften der StVZO („dieser Verordnung“) zu. Diese Vorschrift enthält jedoch nur eine Lösung für das Betriebserlaubnisverfahren für Fahrzeuge sowie (über § 22 StVZO) für die Genehmigung bzw. Betriebserlaubnis für Fahrzeugteile. Außerdem erstreckt sie sich in Form einer gleitenden Verweisung nur auf die Änderungen der technischen Einzelrichtlinien, nicht jedoch auf die Auflistung in den Anhängen der drei dort genannten Betriebserlaubnisrichtlinien (hier besteht noch eine starre Verweisung).

Vor allem gab es keine Erleichterungen für die Anwendung der materiellen Bau- und Ausrüstungsvorschriften in den §§ 30 ff StVZO, unabhängig bzw. jenseits der Erteilung einer Fahrzeug- oder Fahrzeugteilebetriebslaubnis. Beanstandungen bei der Untersuchung nach § 29 StVZO oder bei polizeilichen Verkehrskontrollen auf der Straße beruhen unmittelbar auf den §§ 30 ff StVZO. Deshalb war bisher die Umsetzung einer jeden Richtlinienänderung im Anhang zu den §§ 30 ff StVZO erforderlich (Anhang zur StVZO).

4. Folglich sieht die nachstehende StVZO-Änderung vor
 - durch eine Novellierung des § 19 Abs. 1 StVZO eine Erweiterung der gleitenden Verweisung auch auf die Anhänge zu den Betriebserlaubnisrichtlinien
 - eine gleitende Verweisung durch Bezugnahme auf die jeweiligen Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften auch für die materiellen Bau- und Ausrüstungsvorschriften der §§ 30 ff StVZO. Diese Bezugnahme durch gleitende Verweisung erfolgt in dem neuen Absatz 4 des § 30 StVZO.
5. Auswirkungen auf die Wirtschaft, Preiswirkungsklausel

Die Fahrzeughersteller und Fahrzeugteilehersteller stehen durchweg positiv zu dem Vorhaben. Insbesondere der Verband der Automobilindustrie – VDA – und der Verband der Importeure von Kraftfahrzeugen – VDIK – haben bereits seit langem eine zügige Umsetzung der EG-Einzelrichtlinien und ihrer Änderungen gefordert und den immer größer werdenden Umsetzungsrückstand bedauert.

Sie werden durch die Regelungen tendenziell entlastet, da, wie sie selbst geltend machen, die Absatzchancen umso besser sind, je früher sie ihre Produkte nach den in Brüssel verabschiedeten Vorschriften ausrichten könnten.

Eine frühzeitige Beteiligung der von der Regelung betroffenen Unternehmen (Fahrzeughersteller und Fahrzeugteilehersteller) ist auch nach Änderung des Verfahrens gewährleistet.

Die Einzelrichtlinien auf dem Kfz-technischen Gebiet werden schon seit Jahren in engem Kontakt mit den Fahrzeug- und Fahrzeugteileherstellern sowie deren Verbänden (insbesondere VDA und VDIK) erarbeitet.

Um eine frühe und aktuelle Unterrichtung über die jeweiligen Änderungen der Kfz-technischen Einzelrichtlinien zu gewährleisten, wird BMV künftig unter Hinweis auf Datum und Fundstelle aus dem EG-Amtsblatt diese Änderungen im Verkehrsblatt (Amtsblatt des Bundesministeriums für Verkehr) jeweils nachrichtlich bekannt machen.

Von den Entlastungen gehen tendenziell preisdämpfende Wirkungen aus, die sich jedoch nicht im einzelnen quantifizieren lassen. Sie dürften jedoch so gering sein, dass Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten sind.

Zu den besonderen Vorschriften

Zu Artikel 1

1. Änderung des § 19 StVZO

Die Bezugnahme auf die Veröffentlichungen im EG-Amtsblatt gelten künftig nicht nur für die Änderungen der technischen Einzelrichtlinien, sondern auch für die Änderungen der betreffenden Anhänge zu den Betriebserlaubnisrichtlinien. Außerdem wird die Bestimmung redaktionell überarbeitet und konkreter gefasst.

Da es bei der Auslieferung der EG-Amtsblätter zu Verzögerungen kommen kann, ist wegen der rechtsstaatlich gebotenen Publizität von Rechtsnormen ein Veröffentlichungshinweis an anderer Stelle notwendig.

Dies soll durch entsprechende nachrichtliche Hinweise im Verkehrsblatt (Amtsblatt des Bundesministeriums für Verkehr) erfolgen (vgl. § 19 Abs. 1 Satz 3).

2. Änderungen des § 30 StVZO

Der Einführung einer entsprechenden Vorschrift in den neuen Absatz 4 des § 30 stellt sicher, dass die jeweils im EG-Amtsblatt verkündeten Änderungen der technischen Einzelrichtlinien sowie der betreffenden Anhänge zu den Betriebserlaubnisrichtlinien auch außerhalb des Betriebserlaubnisverfahrens für Fahrzeuge und Fahrzeugteile unmittelbar gelten, ohne dass künftig der Anhang zu den §§ 30, ff StVZO jeweils durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates besonders geändert bzw. ergänzt werden muss.

Zu Artikel 2

Für das Verfahren der EG-Typgenehmigung wird in § 1 Abs. 1 dieser Verordnung bei Änderungen der Betriebserlaubnisrichtlinie eine ebenfalls gleitende Verweisung durch Bezugnahme auf die betreffenden Veröffentlichungen im EG-Amtsblatt eingeführt.

Zu Artikel 3

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten.

**Liste der Einzelrichtlinien zu den EWG-Betriebserlaubnisrichtlinien
gem. § 19 Abs. 1 Satz 3 und § 30 Abs. 4 Satz 2 StVZO**

1. Einzelrichtlinien zur Rahmenrichtlinie 70/156/EWG für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl., EG Nr. L 42 vom 23. 2. 1970), zuletzt geändert durch die Richtlinie 98/91/EG (ABl. EG L 11 vom 16. 1. 1999, S. 25), gemäß Anhang IV, Teil I

Genehmigungsgegenstand	Grundrichtlinie	Veröffentlicht im ABl. EG Nr.	zuletzt geändert durch Richtlinie	Veröffentlicht im ABl. EG Nr.
1. Geräuschpegel	70/157/EWG	L 42 vom 23. 2. 1970, S. 16	96/20/EG vom 27. 3. 1996	L 92 vom 13. 4. 1996, S. 23
2. Emissionen	70/220/EWG	L 76 vom 6. 4. 1970, S. 1	98/69/EG vom 13. 10. 1998 <i>Berichtigung</i>	L 350 vom 13. 10. 1998, S. 1 L 104 vom 21. 4. 1999, S. 31
3. Kraftstoffbehälter/Unterfahrschutz	70/221/EWG	L 76 vom 6. 4. 1970, S. 23	97/19/EG vom 18. 4. 1997	L 125 vom 16. 5. 1997, S. 1
4. Anbringung hinteres Kennzeichen	70/222/EWG	L 76 vom 6. 4. 1970, S. 25	<i>Änderung¹⁾</i>	L 73 vom 27. 3. 1972, S. 116
5. Lenkanlagen	70/311/EWG	L 133 vom 18. 6. 1970, S. 10	1999/7/EG vom 26. 1. 1999	L 40 vom 13. 2. 1999, S. 36
6. Türverriegelungen und -scharniere	70/387/EWG	L 176 vom 10. 8. 1970, S. 5	98/90/EG vom 30. 11. 1998	L 337 vom 12. 12. 1998, S. 29
7. Schallzeichen	70/388/EWG	L 176 vom 10. 8. 1970, S. 12	87/354/EWG vom 25. 6. 1987 <i>Änderung²⁾</i>	L 192 vom 11. 7. 1987, S. 43 L 1 vom 3. 1. 1994, S. 1/266
8. Rückspiegel	71/127/EWG	L 68 vom 22. 3. 1971, S. 1	88/321/EWG vom 16. 5. 1988 <i>Änderung²⁾</i>	L 147 vom 14. 6. 1988, S. 77 L 1 vom 3. 1. 1994, S. 1/266
9. Bremsanlagen	71/320/EWG	L 202 vom 6. 9. 1971, S. 37	98/12/EG vom 27. 1. 1998	L 81 vom 18. 3. 1998, S. 1
10. Funkentstörung	72/245/EWG	L 152 vom 6. 7. 1972, S. 15	95/54/EG vom 31. 10. 1995	L 266 vom 8. 11. 1995, S. 1
11. Emissionen von Dieselmotoren	72/306/EWG	L 190 vom 20. 8. 1972, S. 1	97/20/EG vom 18. 4. 1997	L 125 vom 16. 5. 1997, S. 21
12. Innenausstattung	74/60/EWG	L 38 vom 11. 2. 1974, S. 2	78/632/EWG vom 19. 5. 1978	L 206 vom 29. 7. 1978, S. 26
13. Sicherungseinrichtung	74/61/EWG	L 38 vom 11. 2. 1974, S. 22	95/56/EG vom 8. 11. 1995	L 286 vom 29. 11. 1995, S. 1
14. Lenkanlage bei Unfallstößen	74/297/EWG	L 165 vom 20. 6. 1974, S. 16	91/662/EWG vom 6. 12. 1991 <i>Berichtigung</i>	L 366 vom 31. 12. 1991, S. 1 L 172 vom 27. 6. 1992, S. 86
15. Sitzfestigkeit	74/408/EWG	L 221 vom 12. 8. 1974, S. 1	96/37/EG vom 17. 6. 1996 <i>Berichtigung</i>	L 186 vom 25. 7. 1996, S. 28 L 221 vom 31. 8. 1996, S. 71
16. Außenkanten	74/483/EWG	L 256 vom 2. 10. 1974, S. 4	87/354/EWG vom 25. 6. 1987 <i>Änderung²⁾</i>	L 192 vom 11. 7. 1987, S. 43 L 1 vom 3. 1. 1994, S. 1/267
17. Rückwärtsgang und Geschwindigkeitsmesser	75/443/EWG	L 196 vom 26. 7. 1975, S. 1	97/39/EG vom 24. 6. 1997	L 177 vom 5. 7. 1997, S. 15
18. Fabrikschild	76/114/EWG	L 24 vom 30. 1. 1976, S. 1	87/354/EWG vom 25. 6. 1987	L 192 vom 11. 7. 1987, S. 43
19. Gurtverankerungen	76/115/EWG	L 24 vom 30. 1. 1976, S. 6	96/38/EG vom 17. 6. 1996 <i>Berichtigung</i>	L 187 vom 26. 7. 1996, S. 95 L 76 vom 18. 3. 1997, S. 35
20. Beleuchtungseinrichtungen	76/756/EWG	L 262 vom 27. 9. 1976, S. 1	97/28/EG vom 11. 6. 1997 <i>Techn. Vorschriften</i>	L 171 vom 30. 6. 1997, S. 1 L 203 vom 30. 7. 1997, S. 1
21. Rückstrahler	76/757/EWG	L 262 vom 27. 9. 1976, S. 32	97/29/EG vom 11. 6. 1997 <i>Techn. Vorschriften</i>	L 171 vom 30. 6. 1997, S. 11 L 203 vom 30. 7. 1997, S. 39
22. Schluss-/Bremsleuchten usw.	76/758/EWG	L 262 vom 27. 9. 1976, S. 54	97/30/EG vom 11. 6. 1997 <i>Techn. Vorschriften</i>	L 171 vom 30. 6. 1997, S. 25 L 203 vom 30. 7. 1997, S. 55, 63, 67
23. Fahrtrichtungsanzeiger	76/759/EWG	L 262 vom 27. 9. 1976, S. 71	1999/15/EG vom 16. 3. 1999	L 97 vom 12. 4. 1999, S. 14
24. Kennzeichenbeleuchtung	76/760/EWG	L 262 vom 27. 9. 1976, S. 85	97/31/EG vom 18. 3. 1999 <i>Techn. Vorschriften</i>	L 171 vom 30. 6. 1997, S. 49 L 203 vom 30. 7. 1997, S. 74
25. Scheinwerfer (einschließlich Glühlampen)	76/761/EWG	L 262 vom 27. 9. 1976, S. 96	1999/17/EG vom 18. 3. 1999	L 97 vom 12. 4. 1999, S. 45
26. Nebelscheinwerfer	76/762/EWG	L 262 vom 27. 9. 1976, S. 122	1999/18/EG vom 18. 3. 1999	L 97 vom 12. 4. 1999, S. 82
27. Abschleppeinrichtung	77/389/EWG	L 145 vom 13. 6. 1977, S. 41	96/64/EG vom 2. 10. 1996	L 258 vom 11. 10. 1996, S. 26
28. Nebelschlussleuchten	77/538/EWG	L 220 vom 29. 8. 1977, S. 60	1999/14/EG vom 16. 3. 1999	L 97 vom 12. 4. 1999, S. 1
29. Rückfahrscheinwerfer	77/539/EWG	L 220 vom 29. 8. 1977, S. 72	97/32/EG vom 11. 6. 1997 <i>Techn. Vorschriften</i>	L 171 vom 30. 6. 1997, S. 63 L 203 vom 30. 7. 1997, S. 79
30. Parkleuchten	77/540/EWG	L 220 vom 29. 8. 1977, S. 83	1999/16/EG vom 16. 3. 1999	L 97 vom 12. 4. 1999, S. 33
31. Rückhaltesysteme	77/541/EWG	L 220 vom 29. 8. 1977, S. 95	96/36/EG vom 17. 6. 1996	L 178 vom 17. 7. 1996, S. 15

Genehmigungsgegenstand	Grundrichtlinie	Veröffentlicht im ABI. EG Nr.	zuletzt geändert durch Richtlinie	Veröffentlicht im ABI. EG Nr.
32. Sichtfeld	77/649/EWG	L 267 vom 19. 10. 1977, S. 1	90/630/EWG vom 30. 10. 1990	L 341 vom 6. 12. 1990, S. 20
33. Kennzeichnung der Betätigungseinrichtungen	78/316/EWG	L 81 vom 28. 3. 1978, S. 3	94/53/EG vom 15. 11. 1994	L 299 vom 22. 11. 1994, S. 26
34. Entfroston/Trocknung	78/317/EWG	L 81 vom 28. 3. 1978, S. 27	<i>Berichtigung</i>	L 194 vom 19. 7. 1978, S. 30
35. Scheibenwischer/wascher	78/318/EWG	L 81 vom 28. 3. 1978, S. 49	94/68/EG vom 16. 12. 1994	L 354 vom 31. 12. 1994, S. 1
36. Heizung	78/548/EWG	L 168 vom 26. 6. 1978, S. 40	<i>keine Änderung</i>	
37. Radabdeckung	78/549/EWG	L 168 vom 26. 6. 1978, S. 45	94/78/EG vom 21. 12. 1994	L 354 vom 31. 12. 1994, S. 10
38. Kopfstützen	78/932/EWG	L 325 vom 20. 11. 1978, S. 1	87/354/EWG vom 25. 6. 1987 <i>Änderung²⁾</i>	L 192 vom 11. 7. 1987, S. 43 L 1 vom 3. 1. 1994, S. 1/272
39. Kraftstoffverbrauch	80/1268/EWG	L 375 vom 31. 12. 1980, S. 36	93/116/EG vom 17. 12. 1993 <i>Berichtigung</i>	L 329 vom 30. 12. 1993, S. 39 L 42 vom 15. 2. 1994, S. 27
40. Motorleistung	80/1269/EWG	L 375 vom 31. 12. 1980, S. 46	97/21/EG vom 18. 4. 1997	L 125 vom 16. 5. 1997, S. 31
41. Diesel-Emissionen	88/77/EWG	L 36 vom 9. 2. 1988, S. 33	96/1/EG vom 22. 1. 1996	L 40 vom 17. 2. 1996, S. 1
42. Seitenschutz	89/297/EWG	L 124 vom 5. 5. 1989, S. 1	<i>keine Änderung</i>	
43. Spritzschutz	91/226/EWG	L 103 vom 23. 4. 1991, S. 5	<i>keine Änderung</i>	
44. Massen u. Abmessungen M ₁ -Fahrzeuge	92/21/EWG	L 129 vom 14. 5. 1992, S. 1	95/48/EG vom 20. 9. 1995 <i>Berichtigung</i>	L 233 vom 30. 9. 1995, S. 73 L 304 vom 16. 12. 1995, S. 60
45. Sicherheitsscheiben	92/22/EWG	L 129 vom 14. 5. 1992, S. 11	<i>keine Änderung</i>	
46. Reifen u. ihre Montage	92/23/EWG	L 129 vom 14. 5. 1992, S. 95	<i>keine Änderung</i>	
47. Geschwindigkeitsbegrenzer, Einbau	92/24/EWG	L 129 vom 14. 5. 1992, S. 154	<i>keine Änderung</i>	
48. Vorstehende Außenkanten bei Kfz der Klasse N	92/114/EWG	L 409 vom 31. 12. 1992, S. 17	<i>keine Änderung</i>	
49. Mechan. Verbindungseinrichtungen	94/20/EG	L 195 vom 29. 7. 1994, S. 1	<i>keine Änderung</i>	
50. Brennverhalten	95/28/EG	L 281 vom 23. 11. 1995, S. 1	<i>keine Änderung</i>	
51. Busse	.../.../EG	L ...		
52. Schutz beim Frontaufprall	96/79/EG	L 18 vom 21. 1. 1997, S. 7	<i>Berichtigung</i>	L 83 vom 25. 3. 1997, S. 23
53. Schutz beim Seitenaufprall	96/27/EG	L 169 vom 8. 7. 1996, S. 1	<i>keine Änderung</i>	
54. Massen und Abmessungen best. Fz Klassen	97/27/EG	L 233 vom 25. 8. 1997, S. 1	<i>keine Änderung</i>	
55. Fz zur Beförderung gefährlicher Güter	98/91/EG	L 11 vom 16. 1. 1999, S. 25		

2. Einzelrichtlinie zur Rahmenrichtlinie 74/150/EWG für land- oder forstwirtschaftliche Zugmaschinen (ABI. EG Nr. L 84 S. 10 vom 28. 3. 1974), zuletzt geändert durch die Richtlinie 97/54/EG vom 23. 9. 1997 (ABI. EG Nr. L 277 S. 24 vom 10. 10. 1997) gemäß Anhang II

Genehmigungsgegenstand	Grundrichtlinie	Veröffentlicht im ABI. EG Nr.	zuletzt geändert durch Richtlinie	Veröffentlicht im ABI. EG Nr.
1. Best. Bestandteile und Merkmale	74/151/EWG	L 84 vom 28. 3. 1974, S. 25	98/38/EG vom 3. 6. 1998	L 170 vom 16. 6. 1998, S. 13
2. Bauartbedingte Höchstgeschwindigkeit und Ladepritsche	74/152/EWG	L 84 vom 28. 3. 1974, S. 33	98/89/EG vom 20. 11. 1998	L 322 vom 1. 12. 1998, S. 40
3. Rückspiegel	74/346/EWG	L 191 vom 15. 7. 1974, S. 1	98/40/EG vom 8. 6. 1998	L 171 vom 17. 6. 1998, S. 28
4. Sichtfeld und Scheibenwischer	74/347/EWG	L 191 vom 15. 7. 1974, S. 5	97/54/EG vom 23. 9. 1997	L 277 vom 10. 10. 1997, S. 24
5. Lenkanlage	75/321/EWG	L 147 vom 9. 6. 1975, S. 24	98/39/EG vom 5. 6. 1998	L 170 vom 16. 6. 1998, S. 15
6. Funkentstörung	75/322/EWG	L 147 vom 9. 6. 1975, S. 28	97/54/EG vom 23. 9. 1997	L 277 vom 10. 10. 1997, S. 24

Genehmigungsgegenstand	Grundrichtlinie	Veröffentlicht im ABI. EG Nr.	zuletzt geändert durch Richtlinie	Veröffentlicht im ABI. EG Nr.
7. Bremsanlagen	76/432/EWG	L 122 vom 8. 5. 1976, S. 1	97/54/EG vom 23. 9. 1997	L 277 vom 10. 10. 1997, S. 24
8. Beifahrersitze	76/763/EWG	L 262 vom 27. 9. 1976, S. 135	97/54/EG vom 23. 9. 1997	L 277 vom 10. 10. 1997, S. 24
9. Geräuschpegel in Ohrenhöhe des Fahrers	77/311/EWG	L 105 vom 28. 4. 1977, S. 1	97/54/EG vom 23. 9. 1997	L 277 vom 10. 10. 1997, S. 24
10. Umsturzschiebeeinrichtungen	77/536/EWG	L 220 vom 29. 8. 1977, S. 1	1999/55/EG vom 1. 6. 1999	L 146 vom 11. 6. 1999, S. 28
11. Dieselausgas	77/537/EWG	L 220 vom 29. 8. 1977, S. 38	97/54/EG vom 23. 9. 1997	L 277 vom 10. 10. 1997, S. 24
12. Fahrersitz	78/764/EWG	L 255 vom 18. 9. 1978, S. 1	1999/57/EG vom 7. 6. 1999	L 148 vom 15. 6. 1999, S. 35
13. Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignalanlagen	78/933/EWG	L 325 vom 20. 11. 1978, S. 16	1999/56/EG vom 3. 6. 1999	L 146 vom 11. 6. 1999, S. 31
14. Bauartgenehmigung der Leuchten	79/532/EWG	L 145 vom 13. 6. 1979, S. 16	97/54/EG vom 23. 9. 1997	L 277 vom 10. 10. 1997, S. 24
15. Abschleppvorrichtung, Rückwärtsgang	79/533/EWG	L 145 vom 13. 6. 1979, S. 20	1999/58 vom 7. 6. 1999	L 148 vom 15. 6. 1999, S. 37
16. Umsturzschiebeeinrichtungen	79/622/EWG	L 179 vom 17. 7. 1979, S. 1	1999/40/EG vom 6. 5. 1999	L 124 vom 18. 5. 1999, S. 11
17. Betätigungsraum, Zugänge zum Fahrersitz, Türen und Fenster	80/720/EWG	L 194 vom 28. 7. 1980, S. 1	97/54/EG vom 23. 9. 1997	L 277 vom 10. 10. 1997, S. 24
18. Zapfwellen und ihre Schutzvorrichtungen	86/297/EWG	L 186 vom 8. 7. 1986, S. 19	97/54/EG vom 23. 9. 1997	L 277 vom 10. 10. 1997, S. 24
19. Umsturzschiebeeinrichtungen hinten an Schmalspurschleppern	86/298/EWG	L 186 vom 8. 7. 1986, S. 26	89/682/EWG vom 21. 12. 1989 <i>Änderung³⁾</i>	L 398 vom 30. 12. 1989, S. 29 L 1 vom 3. 1. 1994, S. 1/278
20. Betätigungseinrichtungen	86/415/EWG	L 240 vom 26. 8. 1986, S. 1	97/54/EG vom 23. 9. 1997	L 277 vom 10. 10. 1997, S. 24
21. Umsturzschiebeeinrichtungen vorn an Schmalspurschleppern	87/402/EWG	L 220 vom 8. 8. 1987, S. 1	89/681/EWG vom 21. 12. 1989 <i>Änderung³⁾</i>	L 398 vom 30. 12. 1989, S. 27 L 1 vom 3. 1. 1994, S. 1/278
22. Bestimmte Bauteile und Merkmale	89/173/EWG	L 67 vom 10. 3. 1989, S. 1	97/54/EG vom 23. 9. 1997	L 277 vom 10. 10. 1997, S. 24

3. Einzelrichtlinien zur Rahmenrichtlinie 92/61/EWG für zweirädrige oder dreirädrige Kraftfahrzeuge (ABI. EG Nr. L 225 S. 72 vom 30. 6. 1992), gemäß Anhang I

Genehmigungsgegenstand	Grundrichtlinie	Veröffentlicht im ABI. EG Nr.	zuletzt geändert durch Richtlinie	Veröffentlicht im ABI. EG Nr.
1. Bremsanlagen	93/14/EWG	L 121 vom 15. 5. 1993, S. 1	<i>keine Änderung</i>	
2. Kennzeichnung der Betätigungseinrichtungen, Kontrolleuchten und Anzeiger	93/29/EWG	L 188 vom 29. 7. 1993, S. 1	<i>keine Änderung</i>	
3. Einrichtungen für Schallzeichen	93/30/EWG	L 188 vom 29. 7. 1993, S. 11	<i>keine Änderung</i>	
4. Ständer	93/31/EWG	L 188 vom 29. 7. 1993, S. 19	<i>keine Änderung</i>	
5. Halteeinrichtungen für Beifahrer	93/32/EWG	L 188 vom 29. 7. 1993, S. 28	1999/24/EG vom 9. 4. 1999	L 104 vom 21. 4. 1999, S. 16
6. Sicherungseinrichtungen gegen unbefugte Benutzung	93/33/EWG	L 188 vom 29. 7. 1993, S. 32	1999/23/EG vom 9. 4. 1999	L 104 vom 21. 4. 1999, S. 13
7. Vorgeschriebene Angaben	93/34/EWG	L 188 vom 29. 7. 1993, S. 38	1999/25/EG vom 9. 4. 1999	L 104 vom 21. 4. 1999, S. 19
8. Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignalanlagen an Krad	93/92/EWG	L 311 vom 14. 12. 1993, S. 1	<i>keine Änderung</i>	

Genehmigungsgegenstand	Grundrichtlinie	Veröffentlicht im ABI. EG Nr.	zuletzt geändert durch Richtlinie	Veröffentlicht im ABI. EG Nr.
9. Massen und Abmessungen	93/93/EWG	L 311 vom 14. 12. 1993, S. 76	<i>keine Änderung</i>	
10. Anbringungsstelle des amtl. Kennzeichens an Krad	93/94/EWG	L 311 vom 14. 12. 1993, S. 83	1999/26/EG vom 20. 4. 1999	L 118 vom 6. 5. 1999, S. 32
11. Höchstgeschwindigkeit max. Drehmoment, max. Nutzleistung	95/1/EG	L 52 vom 8. 3. 1995, S. 1	<i>keine Änderung</i>	
12. Bestimmte Bauteile und Merkmale	97/24/EG	L 226 vom 18. 8. 1997, S. 1	<i>Berichtigung</i>	L 244 vom 3. 9. 1998, S. 20

- 1) Änderungen auf Grund des Beitritts Griechenlands
 2) Änderungen auf Grund des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und dem Königreich Schweden.
 3) Änderungen auf Grund des Beitritts von Spanien und Portugal.

(VkBl. 1999 S. 613)

Nr. 151 Verzeichnis der in der Bundesrepublik Deutschland zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Kraftfahrt - Haftpflichtversicherer – Neubekanntgabe –

Bonn, den 13. August 1999
 S 35/36.78.50/41 B 99

Nach Mitteilung des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen wurde den nachstehend aufgeführten Versicherungen die Genehmigung zum Geschäftsbetrieb in der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung erteilt:

Schlüssel-Nr.

La Garantie Mutuelle
 des Fonc. et Employes
 de L'Etat et des
 Serv. Publ. Soc. d'assurance
 a forme mutuelle, Paris i.L.
 Herr Franck M. Baron
 Hahnstraße 40
 60528 Frankfurt / Main

5535

ASPECTA Versicherung
 Aktiengesellschaft
 Schwarzer Weg 28
 22309 Hamburg

Schlüssel-Nr.

5512

KRAFT Versicherungs-
 Aktiengesellschaft
 Königinstraße 28
 80802 München

5550

WV Niederlassung Deutschland
 der "Winterthur"
 Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft
 Herr Lutz Bauer
 Leopoldstraße 204
 80804 München

5447

"Zürich" Versicherungs-
 Gesellschaft, Zürich
 Direktion für Deutschland
 Herr Dr. Heinrich Focke
 Zürich Haus am Opernplatz
 60252 Frankfurt / Main

5483

Die Mannheimer Versicherung Aktiengesellschaft (Schlüssel-Nr. 5411) hat ihren gesamten Versicherungsbestand mit Wirkung vom 1. Januar 1998 auf die neu zugelassene Neue Mannheimer Versicherung AG (Schlüssel-Nr. 5061) übertragen. Anschließend haben beide Gesellschaften ihren Namen geändert. Die Schlüssel-Nr. 5061 firmiert nun unter Mannheimer Versicherung Aktiengesellschaft. Die Gesellschaft mit der Schlüssel-Nr. 5411 betreibt als Holding ausschließlich die Rückversicherung, aber keine selbst abgeschlossene Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung und wird daher im Verzeichnis gestrichen. Die Versicherung mit der Schlüssel-Nr. 5061 wird in das Verzeichnis aufgenommen.

Die unter der Schlüssel-Nr. 0521 unter Landesaufsicht geführte Öffentliche Leben Oldenburg hat ihren gesamten Bestand an Schaden- und Unfallversicherungen zum 1. Januar 1995 auf die Oldenburger Landesbrandkasse (Schlüssel-Nr. 0506), die gleichfalls unter Landesaufsicht steht, übertragen. Die Anschrift ist "Öffentliche Landesbrandkasse Versicherungen Oldenburg, 26113 Oldenburg". Die unter der Schlüssel-Nr. 0521 geführte Gesellschaft ist seit der Übertragung ein reiner Lebensversicherer und wird daher im Verzeichnis gestrichen. Die Versicherung mit der Schlüssel-Nr. 0506 wird in das Verzeichnis aufgenommen.

Bei den Versicherungsunternehmen, die nicht in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in einem anderen Mitgliedstaat der EU ihren Sitz oder ihre Niederlassung haben, wurde der Versicherung

NOWM Verzekeringen N.V.
Postbus 30036
NL 9700 Groningen Schlüssel-Nr. 7536

die Genehmigung zum Geschäftsbetrieb in der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung erteilt.
Als Schadensregulierungsrepräsentant wurde folgendem Büro die Vollmacht erteilt:

Internationales Schadenregulierungsbüro
Dr. K. Jacobs GmbH
Boxgraben 38
52064 Aachen.

Das Versicherungsunternehmen "LA CONCORDE, Compagnie d' Assurance" (Schlüssel-Nr. 7067) hat seinen Namen geändert in "Generali France Assurances, LA CONCORDE, Compagnie d' Assurance".

Außerdem haben sich bei folgenden Versicherungsunternehmen Änderungen in der Schreibweise sowie Änderungen bei den Anschriften ergeben:

SV Sparkassen Versicherung
Öffentliche Versicherungsanstalt
Hessen-Nassau-Thüringen
Bahnhofstraße 69
65185 Wiesbaden Schlüssel-Nr. 5385

Assicurazioni Generali S.p.A.
piazza Duca degli Abruzzi 2
I-34132 Trieste Schlüssel-Nr. 7253

Nachstehend gebe ich das Verzeichnis der in der Bundesrepublik Deutschland zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Kraftfahrt-Haftpflichtversicherer **neu** bekannt.
Die Veröffentlichung im Verkehrsblatt Heft 24/1997 S. 924 und die danach erfolgten Berichtigungen (VkBl. 1998 S. 112, S. 143, S. 408, S. 439, S. 565, S. 881, S. 906, S. 918, S. 1141, S. 1321; VkBl. 1999 S. 80, S. 81, S. 98, S. 120, S. 278, S. 402, S. 496) werden hiermit aufgehoben.

Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen

Im Auftrag
Dr. B o r k e n s t e i n

**Verzeichnis der in der Bundesrepublik Deutschland
zum Geschäftsbetrieb zugelassenen
Kraftfahrt-Haftpflichtversicherer**

1. **Kraftfahrt-Haftpflichtversicherer, die in der Bundesrepublik Deutschland ihren Sitz oder ihre Niederlassung haben**
- 1.1 **Vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen beaufsichtigte Kraftfahrt-Versicherer**

Schlüssel-Nr.

Aachener und Münchner Versicherung 5342
Aktiengesellschaft
Aureliusstraße 2
52064 Aachen

Schlüssel-Nr.
ADLER Versicherung AG 5581
Leibnizstraße 3 - 4
10625 Berlin

Agrippina Versicherung Aktiengesellschaft 5305
Riehler Straße 90
50668 Köln

AIG EUROPE S.A., Paris 5595
Direktion für Deutschland
Herr Ulrich W. Reinholdt
Oberlindau 76 - 78
60323 Frankfurt/Main

ALBINGIA Versicherungs- 5306
Aktiengesellschaft
Ballindamm 39
20095 Hamburg

ALLIANZ 5312
Versicherungs-Aktiengesellschaft
Königinstraße 28
80802 München

Allstate Direct 5055
Versicherungs-Aktiengesellschaft
Rheinstraße 7 a
14513 Teltow

Alte Leipziger Versicherung 5405
Aktiengesellschaft
Alte Leipziger-Platz 1
61440 Oberursel

A & O 5059
Autoversicherung Oldenburg
Aktiengesellschaft
Osterstraße 15
26122 Oldenburg

ARAG
Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft 5455
Yorckstraße 21
40476 Düsseldorf

ASPECTA Versicherung 5512
Aktiengesellschaft
Schwarzer Weg 28
22309 Hamburg

ASSTEL Sachversicherung 5397
Aktiengesellschaft
Berlin-Kölnische-Allee 1
50969 Köln

AUTO DIREKT 5553
Versicherungs-Aktiengesellschaft
John-E.-Fisher-Straße 1
61440 Oberursel

AXA COLONIA VERSICHERUNG 5515
Aktiengesellschaft
Colonia-Allee 10 - 20
51067 Köln

Badische Allgemeine Versicherung 5593
Aktiengesellschaft
Durlacher Allee 56
76131 Karlsruhe

Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband 5316
Durlacher Allee 56
76131 Karlsruhe

Barmenia 5317
Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft
Kronprinzenallee 12 - 18
42119 Wuppertal

	Schlüssel-Nr.		Schlüssel-Nr.
Basler Versicherungs-Gesellschaft, Basel Direktion für Deutschland Herr Dr. Fritz Becker Basler Straße 4 61352 Bad Homburg v.d.H.	5318	Debeka Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18 56058 Koblenz	5549
Bayerische Beamten Versicherung Aktiengesellschaft Thomas-Dehler-Straße 25 81737 München	5310	Delfin Direkt Versicherung Aktiengesellschaft Ludwig-Erhard-Allee 1 53175 Bonn	5429
Bayerische Versicherungsbank Aktiengesellschaft Ludwigstraße 21 80539 München	5325	DEUTSCHE ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft Bockenheimer Landstr. 2 - 4 60323 Frankfurt/Main	5343
Bayerischer Versicherungsverband Versicherungsaktiengesellschaft Tattenbachstraße 2 80538 München (GK 80530)	5324	Deutsche Versicherungs-Gesellschaft in Bremen Aktiengesellschaft Am Wall 121 28195 Bremen	5633
BERLIN-KÖLNISCHE Sachversicherung Aktiengesellschaft Berlin-Kölnische-Allee 1 50969 Köln	5062	DEUTSCHER HEROLD Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft Poppelsdorfer Allee 25 - 33 53115 Bonn	5347
Bruderhilfe-Sachversicherung auf Gegenseitigkeit im Raum der Kirchen Kölnische Straße 108 34119 Kassel	5333	DEUTSCHER RING Sachversicherungs-Aktiengesellschaft Ludwig-Erhard-Straße 22 20459 Hamburg	5350
CIGNA Insurance Company of Europe S.A.-N.V., Brüssel Direktion für Deutschland Herr Hermanus J. Nieuwenhuizen Erlenstraße 2 - 6 60325 Frankfurt/Main	5487	DEVK Allgemeine-Versicherungs-Aktiengesellschaft Riehler Straße 190 50735 Köln	5513
CONCORDIA Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit Karl-Wiechert-Allee 5 30625 Hannover	5338	DEVK DEUTSCHE EISENBAHN VERSICHERUNG Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. Riehler Straße 190 50735 Köln	5344
CONDOR Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft Admiralitätstraße 67 20459 Hamburg	5339	Dialog Versicherungs-Aktiengesellschaft Dammtorstraße 13 20354 Hamburg	5345
Continentale Sachversicherung Aktiengesellschaft Ruhrallee 94 44139 Dortmund	5340	„die Alternative“ Versicherungs-Aktiengesellschaft Raboisen 101 20095 Hamburg	5052
Cordial Versicherung Aktiengesellschaft Karl-Wiechert-Allee 5 30625 Hannover	5049	EUROPA Sachversicherung Aktiengesellschaft Piusstraße 137 50931 Köln	5508
COSMOS Versicherung Aktiengesellschaft Halbergstraße 50 66121 Saarbrücken	5552	FAHRLEHRERVERSICHERUNG Verein auf Gegenseitigkeit Mittlerer Pfad 5 70499 Stuttgart	5470
D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Versicherungs-Aktiengesellschaft Thomas-Dehler-Str. 2 81737 München	5529	Feuersozietät Berlin Am Karlsbad 4 - 5 10785 Berlin	5359
DBV Deutsche Beamten-Versicherung Aktiengesellschaft Frankfurter Straße 50 65189 Wiesbaden	5311	FRANKFURTER VERSICHERUNGS- AKTIENGESELLSCHAFT Taunusanlage 18 60325 Frankfurt/Main	5364
DBV-Winterthur Versicherung Aktiengesellschaft Leopoldstraße 204 80804 München	5037	GARANTA Versicherungs-Aktiengesellschaft Rathenauplatz 12 - 18 90489 Nürnberg	5505
		GEGENSEITIGKEIT Versicherung Oldenburg Osterstr. 15 26122 Oldenburg	5365

	Schlüssel-Nr.		Schlüssel-Nr.
General Accident Fire and Life Assurance Corporation Public Limited Company, Perth, Schottland Direktion für Deutschland Herr Rolf Neumann Otto-Volger-Straße 15 65843 Sulzbach/Ts.	5736	Iduna Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft Neue Rabenstraße 15 - 19 20354 Hamburg	5390
General Accident Versicherungs-Aktiengesellschaft Neumarkt 15 66117 Saarbrücken	5442	Itzehoe Versicherungsverein Landwirtschaftlicher Versicherungs- verein auf Gegenseitigkeit Hansestraße 10 25524 Itzehoe	5401
Generali Lloyd Versicherung Aktiengesellschaft Sonnenstraße 31 80331 München	5599	Karlsruher Beamten- Versicherung Aktiengesellschaft Hermann-Veit-Straße 6 76135 Karlsruhe	5570
Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft Von-Werth-Straße 4 - 14 50670 Köln	5368	Karlsruher Versicherung Aktiengesellschaft Hermann-Veit-Straße 6 76135 Karlsruhe	5509
Gothaer Versicherungsbank VVaG Kaiser-Wilhelm-Ring 23 - 25 50672 Köln	5372	KRAFT Versicherungs-Aktiengesellschaft Königinstr. 28 80802 München	5550
GVV-Kommunalversicherung Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit Aachener Straße 1040 50858 Köln	5469	KRAVAG ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft Heidenkampsweg 100 20097 Hamburg	5058
GVV-Privatversicherung Aktiengesellschaft Aachener Straße 1040 50858 Köln	5585	KRAVAG SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit Heidenkampsweg 100 20097 Hamburg	5399
Haftpflichtgemeinschaft Deutscher Nahverkehrs- und Versorgungsunternehmen Allgemein (HDNA) VVaG Zweigertstraße 32 45130 Essen	5044	La Garantie Mutuelle des Fonc. et Employes de L'Etat et des Serv. Publ. Soc. d'assurance a forme mutuelle, Paris i.L. Herr Franck M. Baron Hahnstraße 40 60528 Frankfurt/Main	5535
Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse kraftfahrender Beamter Deutschlands a.G. in Coburg (HUK-Coburg) Bahnhofsplatz 96450 Coburg	5375	Landesschadenhilfe V.V.a.G. Vogteistraße 3 29683 Fallingb.ostel	5362
Haftpflichtverband der Deutschen Industrie Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit Riethorst 2 30659 Hannover	5377	Landschaftliche Brandkasse Hannover Schiffgraben 4 30159 Hannover	5400
Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-Aktiengesellschaft Überseering 45 22297 Hamburg	5420	Landwirtschaftlicher Versicherungsverein Münster a.G. Kolde Ring 21 48151 Münster	5402
„HAMBURGER PHÖNIX“ Gaedesche Versicherungs-Aktiengesellschaft Ludwig-Erhard-Straße 14 20459 Hamburg	5383	Mecklenburgische Versicherungs- Gesellschaft auf Gegenseitigkeit Berckhusenstraße 146 30625 Hannover	5412
Hanse-Merkur Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft Neue Rabenstraße 3 - 12 20354 Hamburg	5501	Münchener Verein Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft Pettenkoferstraße 19 80336 München	5414
HELVETIA Schweizerische Versicherungsgesellschaft Direktion für Deutschland Herr Prof. Dr. Wolfram Wrabetz Berliner Straße 56 - 58 60311 Frankfurt/Main	5384	Neckura Versicherungs-Aktiengesellschaft John-E.-Fisher-Str. 1 61440 Oberursel	5793
HUK-COBURG Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft Bahnhofsplatz 96450 Coburg	5521	Neue Mannheimer Versicherung Aktiengesellschaft Augusta-Anlage 66 68165 Mannheim	5061

	Schlüssel-Nr.		Schlüssel-Nr.
NORDSTERN Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft Colonia-Allee 10-20 51067 Köln	5421	SCHWARZMEER UND OSTSEE Versicherungs-Aktiengesellschaft SOVAG Schwanenwik 37 22087 Hamburg	5690
Nürnberger Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft Rathenauplatz 12 - 18 90489 Nürnberg	5426	„Schweizer National“ Versicherungs-Aktiengesellschaft in Deutschland Neue Mainzer Straße 1 60311 Frankfurt/Main	5448
Nürnberger Beamten Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft Rathenauplatz 12 - 18 90489 Nürnberg	5686	SECURITAS BREMER ALLGEMEINE VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT Am Wall 121 28195 Bremen	5450
OEVA Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft Gottlieb-Daimler-Straße 2 68165 Mannheim	5543	Sicher Direct Versicherung Aktiengesellschaft An der Trift 65 63303 Dreieich	5607
ONTOS Versicherung AG Dürener Straße 295 50935 Köln	5791	SIGNAL Unfallversicherung a.G. Joseph-Scherer-Straße 3 44139 Dortmund	5451
OPTIMA Versicherungs-Aktiengesellschaft Admiralitätstraße 67 20459 Hamburg	5519	SKANDIA Versicherungs-Aktiengesellschaft, Stockholm Direktion für Deutschland Herr Manfred Valentin Hooock Graf-Folke-Bernadotte-Straße 23 63263 Neu-Isenburg	5452
OVAG Ostdeutsche Versicherung Aktiengesellschaft Versicherung für den öffentlichen Dienst Storkower Straße 101 10407 Berlin	5787	☒ direkt Versicherung AG Kölner Landstraße 33 40591 Düsseldorf	5051
Patria Versicherung Aktiengesellschaft Riehler Straße 88 - 90 50668 Köln	5432	SPARKASSEN-VERSICHERUNG Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft Löwentorstraße 65 70376 Stuttgart	5482
Provinzial Brandkasse Versicherungsanstalt Schleswig-Holstein Sophienblatt 33 24114 Kiel	5446	Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft Werkstättenstraße 16 01157 Dresden	5781
Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz Provinzialplatz 1 40591 Düsseldorf	5436	SUN ALLIANCE AND LONDON INSURANCE plc. London, England Niederlassung für Deutschland Am Wall 121 28195 Bremen	5565
Quelle Versicherung Aktiengesellschaft Nürnberger Straße 91 - 95 90762 Fürth	5562	Sparkassen Versicherung Öffentliche Versicherungsanstalt Hessen-Nassau-Thüringen Bahnhofstraße 69 65185 Wiesbaden	5385
R + V ALLGEMEINE VERSICHERUNG AKTIENGESELLSCHAFT Taunusstraße 1 65193 Wiesbaden	5438	telcon Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft Frankfurter Straße 50 65178 Wiesbaden	5776
RHEINLAND Versicherungs-Aktiengesellschaft Marienkirchplatz 4 - 6 41460 Neuss	5798	THURINGIA Versicherungs-Aktiengesellschaft Adenauerring 7 81737 München	5456
Saarland Feuerversicherung AG Mainzer Straße 32 - 34 66111 Saarbrücken	5773	TRANSATLANTISCHE Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft Halenreihe 42 - 44 22359 Hamburg	5458
SAVAG Saarbrücker Versicherungs-Aktiengesellschaft Dudweiler Straße 41 66111 Saarbrücken	5440		

	Schlüssel-Nr.		Schlüssel-Nr.
Uelzener Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft a.G. Veerßerstraße 67 29525 Uelzen	5459	Württembergische und Badische Versicherungs-Aktiengesellschaft Karlstraße 68 - 72 74076 Heilbronn	5480
UNION Actien-Gesellschaft für Versicherungen Süderstraße 24 20097 Hamburg	5705	Württembergische Versicherung AG Gutenbergstraße 30 70176 Stuttgart	5783
United Services Automobile Association, San Antonio, Texas/USA Direktion für Deutschland Herr Hans-Joachim Scholz Bockenheimer Landstraße 94 - 96 60323 Frankfurt/Main	5462	WV Niederlassung Deutschland der „Winterthur“ Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft Herr Lutz Bauer Leopoldstr. 204 80804 München	5447
UNIVERSA Allgemeine Versicherung AG Sulzbacher Straße 1 - 7 90489 Nürnberg	5463	WWK Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft Marsstraße 42 80335 München	5476
Vereinte Spezial Versicherung AG Fritz-Schäffer-Straße 9 81737 München	5441	ZENITH VERSICHERUNG AKTIENGESELLSCHAFT Alte Leipziger-Platz 1 61440 Oberursel	5481
Vereinte Versicherung Aktiengesellschaft Fritz-Schäffer-Straße 9 81737 München	5327	Zürich Versicherungs-Aktiengesellschaft (Deutschland) Zürich-Haus am Opernplatz 60252 Frankfurt/Main	5050
Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts Maximilianstraße 53 80538 München	5042	„Zürich“ Versicherungs-Gesellschaft Zürich Direktion für Deutschland Herr Dr. Heinrich Focke Zürich Haus am Opernplatz 60252 Frankfurt/Main	5483
Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit Volksgartenstraße 56 50677 Köln	5468		
VHV Autoversicherungs-Aktiengesellschaft Constantinstraße 90 30177 Hannover	5598		
VICTORIA Versicherung Aktiengesellschaft Victoriaplatz 1 40477 Düsseldorf	5472		
Volksfürsorge DEUTSCHE SACHVERSICHERUNG Aktiengesellschaft Besenbinderhof 43 20097 Hamburg	5473		
VOLKSWOHL-BUND SACHVERSICHERUNG AKTIENGESELLSCHAFT Südwall 37 - 41 44137 Dortmund	5484		
WGV-SCHWÄBISCHE ALLGEMEINE VERSICHERUNG AKTIENGESELLSCHAFT Tübinger Straße 43 70178 Stuttgart	5525		
Winterthur International (Deutschland) Versicherung Aktiengesellschaft Adenauerring 9 81737 München	5060		
Württembergische Gemeinde-Versicherung a. G. Tübinger Straße 43 70178 Stuttgart	5479		
		1.2 Unter Landesaufsicht stehende Kraftfahrt-Versicherer	Schlüssel-Nr.
		Gemeinnützige Haftpflicht-Versicherungsanstalt der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Darmstadt Bartningstraße 57 64289 Darmstadt	8609
		Haftpflichtversicherungsanstalt der Braunschweigischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Bruchtorwall 13 38100 Braunschweig	8612
		Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt Simon-August-Str. 2 32756 Detmold	0505
		Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt (ÖSA) Olvenstedter Platz 5-6 39108 Magdeburg	0522
		Öffentliche Landesbrandkasse Versicherungen Oldenburg 26113 Oldenburg	0506
		Öffentliche Sachversicherung Braunschweig Theodor-Heuss-Str. 10 38122 Braunschweig	0501
		Westfälische Provinzial-Feuersozietät Bröderichweg 58 48159 Münster (Gk 48131)	0509

2. Kraftfahrt-Haftpflichtversicherer, die nicht in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in einem anderen Mitgliedstaat der EU ihren Sitz oder ihre Niederlassung haben und in der Bundesrepublik Deutschland einen Vertreter bestellt haben

	Schl.-Nr.	Schadensregulierungsrepräsentant/Vertreter
AIG Europe N.V. Postbus 8606 NL-3009 AP Rotterdam	7066	AIG Europe Direktion für Deutschland Oberlindau 76 - 78 60323 Frankfurt/Main
ARISA ASSURANCES S.A. 8-10, Rue Mathias Hardt L-1717 Luxembourg	7366	TAS Touristik Assekuranz Service International GmbH Hainer Weg 13 - 15 60699 Frankfurt/Main
Assicurazioni Generali S.p.A. Delegacao em Portugal Avenida Dugue d'Avila, 114 P-1000 Lisboa	7177	Deutscher Lloyd Versicherungs- Aktiengesellschaft Karlstraße 10 80333 München
Assicurazioni Generali S.p.A. Piazza Duca degli Abruzzi 2 I-34132 Trieste	7253	Generali Lloyd Versicherungs- Aktiengesellschaft Sonnenstraße 31 80331 München
Assicurazioni Generali S.p.A. Republic of Ireland Branch Greenside House Cuffee Street IRL-Dublin, 2 - Eire	7178	Deutscher Lloyd Versicherungs- Aktiengesellschaft Karlstraße 10 80333 München
Cigna Insurance Company of Europe s.a.-n.v. Rue Belliard-straat 9-11 B-1040 Bruxelles - Brussel	7044	C. Gielisch GmbH Poststr. 7 40213 Düsseldorf
Generali Assicurazioni Generali Delegacion en Espana Direccion Paseo de la Castellana 130 E-28046 Madrid Apartado 398	7047	Deutscher Lloyd Versicherungs- Aktiengesellschaft Karlstraße 10 80333 München
GENERALI Assicurazioni Generali S.p.A. Mr. T. Linnegar 117 Fenchurch Street GB-London EC3M 5 DY	7041	Deutscher Lloyd Versicherungs- Aktiengesellschaft Karlstraße 10 80333 München
Generali Belgium Compagnie d'assurances S.A. Tour Louise avenue Louise 149 Bte 1 B-1050 Bruxelles	7032	Generali Lloyd Versicherung Aktiengesellschaft Sonnenstr. 31 80331 München
Generali France Assurances LA CONCORDE Compagnie d'Assurance 5 Rue de Londres F-75456 Paris Cedex 09	7067	Deutscher Lloyd Versicherungs- Aktiengesellschaft Karlstraße 10 80333 München
Northern Star Insurance Company Limited Barton House Eastgate Street GB-Gloucester GL 1 1 PX	7046	Deutscher Lloyd Versicherungs- Aktiengesellschaft Karlstraße 10 80333 München
NOWM Verzekeringen N. V. Postbus 30036 NL-9700 Groningen	7536	Internationales Schadenregulierungs- büro Dr. K. Jacobs GmbH Boxgraben 38 52064 Aachen
Probuss Insurance Company Europe Limited AIG House Merion Road IRL-Dublin 4	7455	Herr Rainer Krause Ginnheimer Str. 4 65760 Eschborn

Salzburger Landes-
Versicherung
Aktiengesellschaft
Auerspergerstraße 9
A-5021 Salzburg

To the board of management
LLOYD'S OF LONDON
One Lime Street
GB-London EC 3M 7 HL

USAA Limited
47 Davies Street
GB - London W1Y 2 AT

VAV Versicherung für die
Bauwirtschaft
Allgemeine Versicherungs-
Aktiengesellschaft
Münzgasse 6
A- 1030 Wien

Wiener Städtische Allgemeine
Versicherung
Aktiengesellschaft
Post 80 Ringturm
A-1011 Wien

Schl.-Nr.	Schadensregulierungsrepräsentant/Vertreter
7235	Rechtsanwalt Thomas Kohl c/o Kanzlei Tiefenbacher Rechtsanwälte Steuerberater Im Breitspiel 9 69126 Heidelberg
7007	Büro HA van Ameyde AG Weinsberger Str. 190 50825 Köln
7259	United Services Automobile Association Direktion für Deutschland Bockenheimer Landstraße 94 - 96 60323 Frankfurt/Main
7258	VHV Autoversicherungs- Aktiengesellschaft Zweigniederlassung München Paul-Heyse-Str. 38 80336 München
7251	Württembergische Versicherung AG Gutenbergstr. 30 70163 Stuttgart

(VkBl. 1999 S. 619)

Binnenschifffahrt

Nr. 152 Verwaltungsvorschrift für die Erhebung der Schifffahrtsabgaben im Binnenbereich (VV-WSV 3201)

Die Verwaltungsvorschrift für die Erhebung der Schifffahrtsabgaben im Binnenbereich (VV-WSV 3201), die mit Erlass vom 30. Juni 1999 – LS 25/28.03.05-60/19 BMF 99 – mit Wirkung vom 1. Juli 1999 vorläufig in Kraft gesetzt wurde, wird nachstehend bekannt gemacht.

Bonn, den 4. August 1999

LS 25/28.03.05-60 Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen

Im Auftrag
Dr. V o g t

Verwaltungsvorschrift der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (VV-WSV)

Erhebung der Schifffahrtsabgaben im Binnenbereich (VV-WSV 3201) 1999

Herausgegeben vom Bundesminister für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen

Inhalt

Abschnitt 1: Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich, Zweck
- § 2 Durchführung

Abschnitt 2: Abfertigungsstellen

- § 3 Aufgaben
- § 4 Barzahlung
- § 5 Geldannahme
- § 6 Unbare Zahlung (Stundung)
- § 7 Vollständigkeit der Erhebung
- § 8 Verschlüsselung
- § 9 Feststellung und Bescheinigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit
- § 10 Weiterleiten der Datenbelege
- § 11 Kontrolle

Abschnitt 3: Abrechnungsstellen

- § 12 Aufgaben
- § 13 Datenerfassung
- § 14 Erhebung und Erfassung in besonderen Fällen
- § 15 Prüf- und Korrekturverfahren
- § 16 Datenausgabe
- § 17 Abgabenbescheide
- § 18 Abgabeneinkasso
- § 19 Differenzausgleich bei Barzahlern
- § 20 Überwachung der Zahlungsein- und -gänge
- § 21 Erstattungen
- § 22 Widerspruchsverfahren
- § 23 Vollstreckung, Stundung, Niederschlagung
- § 24 Abgabenbefreiung
- § 25 Fachaufsicht
- § 26 Fahrtziel- und Ladungskontrolle
- § 27 IT-Verfahrensbetreuung, Sicherung der Stammdaten
- § 28 Tarifauskunft
- § 29 Sonderverfahren Ost

Abschnitt 4: Bundesanstalt für Wasserbau

- § 30 Serverbetreuung
- § 31 Sicherung der Berechnungsprogramme
- § 32 Archivierung, Aufbewahrungsfristen
- § 33 Support

Anlage: Hebeliste**Abschnitt 1: Allgemeines****§ 1****Geltungsbereich, Zweck**

- (1) Diese Verwaltungsvorschrift regelt die Erhebung und Abrechnung der Schifffahrtsabgaben auf den abgabenpflichtigen Bundeswasserstraßen im Binnenbereich.
- (2) Auf den norddeutschen Bundeswasserstraßen im Binnenbereich gilt sie auch für die Erhebung und Abrechnung von Hafen- und Ufergeldern.
- (3) Daneben beinhaltet sie die Bereitstellung einer Datenbank für abgaben- und verkehrsstatistische Auswertungen.

§ 2**Durchführung**

- (1) Schifffahrtsabgaben werden erhoben und monatlich abgerechnet durch
 - a) die in den Tarifen genannten Abfertigungsstellen und
 - b) die federführenden Abrechnungsstellen für Schifffahrtsabgaben (SCHA) bei den Wasser- und Schifffahrtsdirektionen West und Südwest.
- (2) Daneben erhebt die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost in einem besonderen Verfahren Schifffahrtsabgaben für Fahrgastschiffe auf den norddeutschen Bundeswasserstraßen im Binnenbereich. Dabei gilt, dass die Abgaben von im Nachhinein vorzulegenden Nachweisen nur für die abgabenpflichtigen Fahrten erhoben werden, die keine Abfertigungsstellen passieren, bei denen die Schifffahrtsabgaben auch in bar entrichtet werden können.
- (3) Die Deutsche Verkehrs-Bank AG (DVB) führt aufgrund vertraglicher Regelungen das Abgabeneinkasso bei Stundungsnehmern durch (unbare Zahlung).

Abschnitt 2: Abfertigungsstellen**§ 3****Aufgaben**

- (1) Aufgabenschwerpunkt der Abfertigungsstellen ist die Annahme und die Bearbeitung der Abgabenerklärungen entsprechend den Ausführungsbestimmungen zu den Tarifen.
- (2) Die Schifffahrtsabgaben sind bar oder unbare im Rahmen des Stundungsverfahrens zu zahlen. Anderenfalls ist grundsätzlich die Weiterfahrt des Fahrzeugs zu untersagen.
- (3) Ausnahmsweise kann die Weiterfahrt des Fahrzeugs innerhalb des Tarifgebietes bis zu einer bestimmten Abfertigungsstelle erlaubt werden; diese ist zu unterrichten.

§ 4**Barzahlung**

- (1) Schifffahrtsabgaben werden bar in DM oder unter Berücksichtigung der entsprechenden Zahlungsbestimmungen mittels Euroscheck gezahlt. Der Barbetrag ist in die Hebeliste (Anlage) einzutragen.
- (2) Auf der Abgabenerklärung ist die Seite der Hebeliste und die laufende Nummer der Eintragung zu vermerken. Auf der Ausfertigung B der Abgabenerklärung, die dem Schiffsführer zugleich als Fahrtausweis ausgehändigt wird, ist die Zahlung zu quittieren.
- (3) Barbeträge bis zur Höhe des Wechselgeldbestands und Euroschecks sind regelmäßig an die zuständige Bundeskasse abzuführen. Die Quittungen sind in geeigneter Form zu sammeln.
- (4) Die Hebelisten sind an den von den Abrechnungsstellen verfügbaren Monatsabschlußterminen zu schließen. Restliche Barbeträge und Euroschecks sind abzuführen. Eine Durchschrift der Hebeliste für jeden Abrechnungszeitraum erhält die Abrechnungsstelle zur Durchführung des Differenzausgleichs. Fehlanzeige ist erforderlich.

§ 5**Geldannahme**

(1) Die Abfertigungsstellen sind Geldannahmestellen im Sinne der Zahlstellenbestimmungen für die Bundesverwaltung (ZBestB) zur Annahme von Schiffsabgaben, Hafen- und Ufergeldern.

(2) Die ZBestB sind im Rahmen der vom Bundesministerium für Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen festgelegten Ergänzungen und Sonderregelungen anzuwenden.

§ 6**Unbare Zahlung (Stundung)**

(1) Werden die Schiffsabgaben unbare entrichtet, so ist zu prüfen, ob der Abgabenschuldner (Stundungsnehmer) uneingeschränkt als Teilnehmer am unbaren Zahlungsverfahren im Verzeichnis der Stundungsnehmer genannt ist und eine verbindliche Stundungsermächtigung erteilt hat. Die Stundungsnehmernummer ist in die Abgabenerklärung einzutragen.

(2) Änderungen und Sperrvermerke sind unverzüglich in das Verzeichnis der Stundungsnehmer mit Namenszeichen und Datum einzutragen.

§ 7**Vollständigkeit der Erhebung**

(1) Alle Verkehre, d. h. neben den abgabepflichtigen Fahrten auch die abgabefreien und die Leerfahrten, sind auf den Abgabenerklärungen, Datenteilen für Schleusenstatistik oder Sonderbelegen lückenlos zu erfassen. Die Belege sind zur Gewährleistung der Vollständigkeit mit fortlaufenden Nummern zu versehen (Paginierung).

(2) Jedes abgefertigte Schiff wird jeweils den nächsten Schleusen angekündigt.

§ 8**Verschlüsselung**

Die Angaben der Abgabenerklärung einschließlich der berechneten Barbeträge und Sonderkosten sind nach den Schlüsselanweisungen zu verschlüsseln und durch Namenszeichen zu bestätigen.

§ 9**Feststellung und Bescheinigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit**

(1) Die in der Abgabenerklärung enthaltenen Angaben sind festzustellen und zu bescheinigen (Anlage zur Vorl. VV Nr. 2.6 zu § 34 BHO).

(2) Bei der Teilbescheinigung „Die Übereinstimmung mit den Schiffs- und Ladepapieren wird bestätigt“ kann die Richtigkeit der Eintragungen in den Ladepapieren unterstellt werden, es sei denn, dass offensichtliche Unrichtigkeiten und/oder Unvollständigkeiten erkennbar sind; die Abrechnungsstelle ist dann zu unterrichten.

(3) Die Teilbescheinigung „Die Übereinstimmung mit den Schiffs- und Ladepapieren wird bestätigt“ beinhaltet auch die Überprüfung des Verzeichnisses der Stundungsnehmer.

(4) Die Teilbescheinigung „Verschlüsselt“ beinhaltet die richtige Verschlüsselung der im Datenteil erfassten Daten einschließlich der korrekten Berechnung der Barbeträge und Sonderkosten.

(5) Die Bescheinigung der sachlichen Richtigkeit beschränkt die Verantwortung des Feststellers darauf, dass bei sorgfältiger Prüfung Bedenken gegen die Richtigkeit der Teilbescheinigungen nicht bestehen.

(6) Die Teilbescheinigungen „Die Übereinstimmung mit den Schiffs- und Ladepapieren wird bestätigt“, „Verschlüsselt“ einerseits und die Bescheinigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit andererseits sollen nicht von derselben Person vorgenommen werden.

§ 10**Weiterleiten der Datenbelege**

Die Abfertigungsstelle übersendet die Abgabenerklärungen, Datenteile für Schleusenstatistik und sonstige Datenbelege an die zuständige Abrechnungsstelle. Auf Versandzetteln sind der Umfang und die Nummernfolgen der Datenbelege zu dokumentieren.

§ 11**Kontrolle**

(1) Die jeweils zuletzt durchgeführte Abfertigungsstelle prüft und bestätigt auf der Ausfertigung B der Abgabenerklärung (Fahrtausweis), dass

- a) die Fahrtstrecke eingehalten,
 - b) keine weiteren Güter zugeladen und
 - c) Teilleichterungen wie deklariert durchgeführt wurden.
- (2) Änderungen sind zu vermerken und ggf. zu wenig gezahlte Abgaben unmittelbar nachzuerheben.

Abschnitt 3: Abrechnungsstellen**§ 12****Aufgaben**

Die Abrechnungsstellen bei den Wasser- und Schifffahrtstsektionen West und Südwest sind verantwortlich für die vollständige Datenerfassung, die fehlerfreie Abrechnung, die Regelung des Erhebungsverfahrens, die IT-Verfahrensbetreuung und die Koordination aller am Verfahren beteiligten Stellen.

§ 13**Datenerfassung**

(1) Die zuständige Abrechnungsstelle veranlasst in ihrem Bereich die Offline-Erfassung aller zugesandten Datenbelege auf Datenträger (Disketten).

(2) Alle Datensätze werden prüferfasst, d. h. doppelt und von verschiedenen Personen eingegeben.

(3) Die richtige und vollständige Erfassung wird durch eine Hefterlochung am oberen Rand der Datenbelege bestätigt. Unvollständige Belege werden nicht erfasst; sie werden besonders gekennzeichnet und der Abrechnungsstelle zur Ergänzung der Daten zugeleitet.

(4) Die Abrechnungsstelle überspielt die auf dem Datenträger systemseitig geprüften und dokumentierten Datensätze zur Berechnung auf den zentralen Server bei der Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe.

§ 14**Erhebung und Erfassung in besonderen Fällen**

In besonderen Fällen, z.B. bei der Berechnung von Stauhaltungsverkehren aufgrund von Nachweisungen oder bei der Bearbeitung von Pauschalzahlungen erhebt die Abrechnungsstelle die Abgaben und erfaßt die entsprechenden Datensätze online.

§ 15**Prüf- und Korrekturverfahren**

(1) Die Abrechnungsstelle bearbeitet fehlerhafte oder unplausible Datensätze, die unmittelbar nach Berechnung systemseitig mit Warn- und Fehlermeldungen versehen werden, und korrigiert fehlerhafte Sätze online.

(2) Sie ergänzt die nicht erfassten unvollständigen Datenbelege und erfaßt die entsprechenden Datensätze online.

(3) Die Vollständigkeit der Erfassung wird systemseitig geprüft und dokumentiert, und zwar

- a) die vollständige Erfassung aller Datenbelege durch die Auflistung fehlender Paginierungsnummern und
- b) die vollständige Erfassung aller Datensätze eines Belegs durch Abgleich mit den verschlüsselten Kontrollzahlen.

Die Abrechnungsstelle ergänzt fehlende Daten online.

(4) Die Bearbeitung wird systemseitig protokolliert.

§ 16**Datenausgabe**

(1) Die zuständige Abrechnungsstelle stößt den Monatsabschluss zur abschließenden Berechnung aller Daten an und erstellt

- a) die Abgabenbescheide,
- b) die Summenlisten der Barzahler,
- c) die Summenlisten der unbaren Zahler mit den Endbeträgen der Abgabenbescheide und mit den Hinweisen auf Überschreitungen der Stundungshöchstbeträge in den DVB-Listen.

(2) Darüber hinaus fertigt sie die Abgaben- und Verkehrsstatistiken und stellt den zugriffsberechtigten Stellen eine Datenbank ohne personenbezogene Daten für bedarfsorientierte Ad-hoc-Auswertungen zur Verfügung.

(3) Alle Abrechnungsunterlagen und Auswertungen können die Anwender auf dem Bildschirm einsehen. Drucke werden nur bei begründetem Bedarf zur Verfügung gestellt.

(4) Die Abrechnungsstelle sichert die Monatsabrechnungen und Statistiken.

§ 17**Abgabenbescheide**

(1) Die Abrechnungsstelle ist für die ordnungsgemäße Abwicklung der Abgabenerhebung verantwortlich.

(2) Sie erteilt die Abgabenbescheide und übersendet sie spätestens am 6. Arbeitstag des auf den Abrechnungszeitraum folgenden Monats an die Abgabenschuldner.

§ 18**Abgabeninkasso**

(1) Die Abrechnungsstelle leitet der Deutschen Verkehrsbank AG (DVB) spätestens bis zum 9. Arbeitstag einen Datenträger mit der Liste aller Bescheidsummen (DVB-Liste) zu.

(2) Die DVB führt aufgrund vertraglicher Regelungen das Einzelinkasso bei den Stundungsnehmern durch und überweist die Gesamtsumme an die für die Abrechnungsstelle zuständige Bundeskasse.

(3) Werden die vereinbarten Stundungshöchstbeträge wiederholt überschritten, veranlasst die Abrechnungsstelle eine Anpassung durch die DVB.

(4) Die Abrechnungsstelle erteilt die notwendigen Kassenanordnungen.

§ 19**Differenzausgleich bei Barzahlern**

(1) Die Abrechnungsstelle überprüft durch Abgleich der Summenliste der Barzahler mit den Eintragungen in den von den Abfertigungsstellen vorgelegten Durchschriften der Hebeliste die vollständige und richtige Berechnung. Unstimmigkeiten sind aufzuklären und Differenzen ggf. auszugleichen. Die Bearbeitung des Differenzausgleichs wird systemseitig unterstützt.

(2) Sie erteilt die entsprechenden Kassenanordnungen.

§ 20**Überwachung der Zahlungsein- und -ausgänge**

Die Abrechnungsstelle überwacht die Zahlungsein- und -ausgänge, auch die Einzelüberweisungen der Abfertigungsstellen, auf der Basis der von der Bundeskasse zugeleiteten Buchungsmitteilungen und Kontoauszüge.

§ 21**Erstattungen**

Die aufgrund tariflicher Bestimmungen („auf Antrag im Erstattungswege“) vorgelegten Erstattungsanträge sind zu bescheiden.

§ 22**Widerspruchsverfahren**

Widersprüche gegen die Abgabenbescheide sind nach dem allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz zu behandeln.

§ 23**Vollstreckung, Stundung, Niederschlagung**

Die Abrechnungsstelle prüft und veranlasst ggf. die Vollstreckung, Stundung oder Niederschlagung rückständiger Forderungen.

§ 24**Abgabenbefreiung**

Die Abrechnungsstelle erstellt aufgrund tariflicher Bestimmungen Bescheinigungen über die Befreiung von der Abgabepflicht zur Vorlage an den Abfertigungsstellen.

§ 25**Fachaufsicht**

- (1) Die Fachaufsicht über die Abfertigungsstellen obliegt der zuständigen Abrechnungsstelle.
- (2) Die Abrechnungsstelle informiert die Abfertigungsstellen über alle abrechnungsrelevanten Tarif- und Verfahrensregelungen und stellt die erforderlichen Arbeitsunterlagen zur Verfügung.
- (3) Die Abrechnungsstelle legt die Monatsabschlusstermine fest.
- (4) Die Abrechnungsstelle sichert oder verbessert die Qualität der Abgabenerhebung durch individuelle Problem- und Fehleranalysen und deren Erörterung vor Ort sowie durch regelmäßige Anpassung der Verfahrensregelungen im Rahmen der Vorschriften.
- (5) Die Abrechnungsstelle ist zuständig für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter an den Abfertigungsstellen. Nach Bedarf führt sie Schulungen vor Ort durch.

§ 26**Fahrtziel- und Ladungskontrollen**

Die Abrechnungsstelle führt mindestens einmal monatlich vor Ort, auch auf freier Strecke, Fahrtziel- und Ladungskontrollen durch.

§ 27**IT-Verfahrensbetreuung, Sicherung der Stammdateien**

- (1) Die zuständige Abrechnungsstelle pflegt online alle tarif-, abrechnungs- und statistikrelevanten Stammdaten.
- (2) Die Stammdatenänderungen sind zu historisieren. Sie werden systemseitig dokumentiert. Geltungsbereich und -zeitraum sowie der Name des Stammdatenpflegers werden ausgewiesen.
- (3) Stammdatenänderungen müssen unter Versionsnummern freigegeben werden. Die Freigabe von abrechnungsrelevanten Stammdaten erfolgt erst nach erfolgreicher Durchführung von Testberechnungen, die im Programm installiert sind.
- (4) Die Eingabe und die Freigabe von Stammdaten dürfen nur von unterschiedlichen und berechtigten Personen vorgenommen werden. Das System prüft und dokumentiert die ordnungsgemäße Vornahme.
- (5) Die Abrechnungsstelle veranlasst erforderliche Änderungen der Berechnungsprogramme. Vorstehende Regelungen gelten entsprechend.
- (6) Zum Schutz gegen eine unbefugte Verwendung der Programme ist der Zugriff nur unter Passwortsicherung und im Rahmen der Vergabe differenzierter Zugriffsberechtigungen zugelassen.

§ 28**Tarifauskunft**

Tarifauskünfte sind mit besonderer Sorgfalt und mit Namensnennung zu erteilen. Sie werden durch ein besonderes Informationsprogramm unterstützt.

§ 29**Sonderverfahren Ost**

- (1) Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost erhebt Schifffahrtsabgaben ausschließlich aufgrund von Nachweisungen der Fahrgastschifffahrt.
- (2) Sie erfasst und berechnet die Datensätze online und erstellt die Monatsbescheide.
- (3) Sie ist in ihrem Bereich zuständig für das Einzelinkasso und überwacht die Zahlungseingänge.
- (4) Die Berechtigung zur Eingabe von Stammdaten beschränkt sich auf die Fortschreibung des eigenen Verzeichnisses der Zahlungspflichtigen sowie des Strecken- und Schiffsverzeichnisses.

Abschnitt 4: Bundesanstalt für Wasserbau**§ 30****Serverbetreuung**

- (1) Alle Anwender greifen auf einen zentralen Server bei der Bundesanstalt für Wasserbau zu.
- (2) Die Bundesanstalt für Wasserbau stellt den ständigen und störungsfreien Zugriff auf den Server sicher.

§ 31**Sicherung der Berechnungsprogramme**

- (1) Die Bundesanstalt sichert die Berechnungsprogramme, ihre Dokumentation und die Datenbank gegen Verlust und unbefugte Verwendung.
- (2) Sie verwaltet unter Beteiligung der Abrechnungsstellen die jeweiligen Zugriffsberechtigungen.

§ 32**Archivierung, Aufbewahrungsfristen**

- (1) Die Bundesanstalt für Wasserbau archiviert alle Abrechnungs- und Statistikdaten, die ihr von den Abrechnungsstellen als gesicherter Monatsabschluss zugeleitet werden.
- (2) Bei Bedarf stellt sie berechtigten Anwendern archivierte Daten zur Verfügung.
- (3) Die Aufbewahrungsfrist für Berechnungsprogramme, Dokumentationen, Originalabrechnungsunterlagen und die zugrundeliegenden Datenbestände beträgt sechs Jahre.
- (4) Die Aufbewahrungsfrist für Bearbeitungsprotokolle beträgt ein Jahr.

§ 33**Support**

Die Bundesanstalt für Wasserbau gibt den Anwendern fachliche Unterstützung und Beratung.

Anlage
zu § 4 Abs. 1

der Schleuse/Hebestelle _____ Monat _____ 19 ____ Seite ____

[illegible]

**Nr. 153 Änderung der Richtlinien an die zuständigen Behörden nach
§ 1.05 Rheinpatentverordnung
§ 18 Abs. 1 Satz 2 Binnenschifferpatentverordnung**

Bonn, den 23. August 1999
LS 26/44.30.15/150 VA 99

Die am 21. April 1999 von dem Ausschuss für Sozial-, Arbeits- und Berufsbildungsfragen der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt beschlossenen Änderungen der Richtlinien zur Anwendung der Rheinpatentverordnung (VkBl. 1998 S. 31) werden nachstehend bekannt gemacht. Die Änderungen sind ab sofort anzuwenden. Nach § 1.05 Satz 2 der Rheinpatentverordnung sind die zuständigen Behörden an die Richtlinien gebunden.

Diese Richtlinien sind zugleich Richtlinien nach § 18 Abs. 1 Satz 2 der Binnenschifferpatentverordnung und sind im Anwendungsbereich dieser Verordnung sinngemäß anzuwenden.

Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen
Im Auftrag
K o w a l l i k

**Ausschuss für Sozial-, Arbeits- und Berufsausbildungsfragen
Änderung der RICHTLINIE Nr. 2 an die ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDEN
nach § 1.05 RheinPatV**

Zulassungs- und Prüfungsverfahren

(Kapitel 3)

1. Nr. 3.1 wird wie folgt geändert:

„3.1 Auflagen für die Patenterteilung

Auflagen sind auf der Patentkarte unter Nr. 11 **Zeile 2** einzutragen. Die Regelaufgaben lauten:

1. „Geeignete Sehhilfe ist zu tragen.“
2. „Geeignete Hörhilfe ist zu tragen.“
3. „Geeignete Seh- und Hörhilfe sind zu tragen.“

Bei anderen Auflagen ist gegebenenfalls einzutragen:

„Bescheid mit Auflagen ist mitzuführen.““

2. Nr. 5.2 wird wie folgt geändert:

„5.2 Vermerke auf der Patentkarte

- Für die Dauer der Gültigkeit der Patentkarte ist in Nr. 10 das Datum der nächsten Wiederholungsuntersuchung zuzüglich drei Monate einzutragen.

Bsp.: Der Inhaber wird am 1. Januar 2000 fünfzig Jahre alt; die Karte gilt bis zum 31. März 2000. In die neue Karte ist dann das Datum „31. März 2005“ einzutragen.

- Unter Nummer 11, Zeile 1 wird gegebenenfalls eingetragen: Radar.“

3. Anhang 5, laufende Nr. 13 wird wie folgt geändert:

„	13	NL	Schippersdiploma RKM	KOF Amsterdam	1.1; 1.3 bis 1.6 und 3	1.2 und 2	“
---	----	----	----------------------	---------------	------------------------	-----------	---

(VkBl. 1999 S. 631)

**Nr. 154 I. Nachtrag
zum Tarif für die Schifffahrtsabgaben
auf den norddeutschen Bundeswasserstraßen im Binnenbereich**

Der Tarif für die Schifffahrtsabgaben auf den norddeutschen Bundeswasserstraßen im Binnenbereich vom 21. Mai 1999 (VkBl. 1999 S. 425) wird wie folgt geändert:

§ 1

Im Teil D (Ausnahmesätze für Güter) sind

1. in der Tarifstelle 099 (Verzeichnis der begünstigten Güter)

- nach der Güterart „Alle Güter“ als neue Zeile in der Spalte Güterart das Wort „Acetylenkoks“ und in die Spalte der Verkehrsbeziehung 1 die Zahl „102“ einzufügen und

- bei der Güterart „Mineralöle, -erzeugnisse“ in die Spalte der Verkehrsbeziehung 2a die Zahl „211“ zu streichen,

2. die Tarifstelle 102 (Petroleumkoks) wie folgt zu fassen:

Tarifstelle (TS)	Güterart und Geltungsbereich	Für Güter der Güterklasse			
		I/II Pf	III/IV Pf	V Pf	VI Pf
„102	Acetylenkoks, Petroleumkoks (Petrolkoks) (Gkl. VI: Nr. 3491)	–	–	–	0,600“

3. die Tarifstelle 211 zu streichen und die Tarifstellen 210 und 212 (Mineralöle, -erzeugnisse) wie folgt zu fassen:

Tarifstelle (TS)	Güterart und Geltungsbereich	Für Güter der Güterklasse			
		I/II Pf	III/IV Pf	V Pf	VI Pf
210	„Benzin, Benzin-Benzolgemisch“ (Gkl. I: Nr. 3211) Mineralleichtöl, Naphtha, Vergaserkraftstoffe (Gkl. I: Nr. 3212) Kerosin, Turbinenkraftstoff, Düsenkraftstoffe (Gkl. III: Nr. 3232) Dieselmkraftstoff, Dieselöl, Gasöl (Gkl. V: Nr. 3251) Heizöl (Gkl. V: Nr. 3252, 3270) im Verkehr von Häfen südlich Bergeshövede nach Häfen südlich Bergeshövede und Häfen am Mittellandkanal einschl. Magdeburg – befristet bis zum 31. Dezember 2001 –	0,825	0,825	0,660	–
212	von Häfen am Dortmund-Ems-Kanal nördlich Bergeshövede nach Häfen am Mittellandkanal einschl. Magdeburg	0,600	0,600	0,480	–“

4. die Tarifstelle 232 (Methyl-Tertiär-Butylether) und die Tarifstelle 265 (Petroleumkoks) zu streichen,

5. die Tarifstelle 264 (Mineralöle, -erzeugnisse) wie folgt zu fassen:

Tarifstelle (TS)	Güterart und Geltungsbereich	Für Güter der Güterklasse			
		I/II Pf	III/IV Pf	V Pf	VI Pf
„264	„Benzin, Benzin-Benzolgemisch“ (Gkl. I: Nr. 3211) Mineralleichtöl, Naphtha, Vergaserkraftstoffe (Gkl. I: Nr. 3212) Kerosin, Turbinenkraftstoff, Düsenkraftstoffe (Gkl. III: Nr. 3232) Dieselmkraftstoff, Dieselöl, Gasöl (Gkl. V: Nr. 3251) Heizöl (Gkl. V: Nr. 3252, 3270) im Verkehr von Häfen südlich Bergeshövede nach Häfen südlich Bergeshövede – befristet bis zum 31. Dezember 2001 –	0,825	0,825	0,660	–“

6. in der Tarifstelle 405 (Futtermittel) die Worte „östlich oder südlich Bergeshövede“ zu ändern in „nördlich, östlich und südlich Bergeshövede“ sowie in den Spalten für Güter der Güterklassen V und VI die Abgabensätze zu ändern in „0,450“,
7. in der Tarifstelle 411 (Düngemittel) in den Spalten für Güter der Güterklassen V und VI die Abgabensätze zu ändern in „0,480“,
8. in der Tarifstelle 452 (Getreide, Rapsschrot, Raps) nach den Worten „im Verkehr von Häfen“ die Worte „am Mittellandkanal einschließlich Magdeburg und von Häfen“ einzufügen,
9. in der Tarifstelle 613 (Erze, Olivin) den Empfangsgeltungsbereich wie folgt zu fassen: „nach Häfen am Mittellandkanal, nach oberhalb Geesthacht und nach südlich Bergeshövede“,
10. in der Tarifstelle 707 (Holzzellstoff) nach den Worten „einschl. Magdeburg“ ein Komma zu setzen und die Worte „am Elbe-Seitenkanal“ einzufügen.

§ 2

Dieser Nachtrag tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1999, § 1 Nr. 10 tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1999 in Kraft.

Bonn, den 26. August 1999
LS 25/28.03.10-10

Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen
Im Auftrag
Dr. V o g t

(VkBl. 1999 S. 631)

Nr. 155 XXIV. Nachtrag zum Tarif für die Schifffahrtsabgaben auf den süddeutschen Bundeswasserstraßen

Der Tarif für die Schifffahrtsabgaben auf den süddeutschen Bundeswasserstraßen vom 27. August 1992 (VkBl. 1992 S. 484), zuletzt geändert durch den XXIII. Nachtrag vom 7. Juni 1999 (VkBl. 1999 S. 431), wird wie folgt geändert:

§ 1

Im Teil D (Ausnahmesätze für Güter) sind

- in der Tarifstelle 099 (Verzeichnis der begünstigten Güter) jeweils in der Spalte der Verkehrsbeziehung 7 hinzuzufügen:
 - bei der Güterart „Futtermittel“ die Zahl „716“,
 - bei den Güterarten „Getreide“, „Mais“ und „Weizen“ die Zahl „705“,
 - bei der Güterart „Malz“ die Zahl „714“ und
 - bei den Güterarten „Raps“ und „Sonnenblumenkerne“ die Zahl „724“;
- in der Tarifstelle 701 im abschließenden Klammersatz das Wort „Gerste“ zu ändern in „Getreide“,
- die Tarifstelle 705 (Gerste) wie folgt zu fassen:

Tarifstelle (TS)	Güterart und Geltungsbereich	Für Güter der Güterklasse			
		I/II Pf	III/IV Pf	V Pf	VI Pf
„705	Getreide (Gkl. IV: Nr. 0110, 0120, 0130, 0140, 0150, 0190) im Durchgangsverkehr von Häfen an der Donau zum Rhein – befristet bis zum 31. Dezember 2000 –	–	0,400	–	–“,

- in der Tarifstelle 707 (Mais) folgender Klammersatz hinzuzufügen:
„(soweit nicht nach Tarifstelle 705 – Getreide – ein niedrigerer Abgabensatz gilt)“,
- in der Tarifstelle 713 (Malz) folgender Klammersatz hinzuzufügen:
„(soweit nicht nach Tarifstelle 714 – Malz – ein niedrigerer Abgabensatz gilt)“,
- nach der Tarifstelle 713 folgende neue Tarifstelle 714 einzufügen:

Tarifstelle (TS)	Güterart und Geltungsbereich	Für Güter der Güterklasse			
		I/II Pf	III/IV Pf	V Pf	VI Pf
„714	Malz (Gkl. III: Nr. 1620) im Durchgangsverkehr von Häfen an der Donau zum Rhein – befristet bis zum 31. Dezember 2000 –	–	0,400	–	–“,

- in der Tarifstelle 715 (Futtermittel) folgender Klammersatz hinzuzufügen:
„(soweit nicht nach Tarifstelle 716 – Futtermittel – ein niedrigerer Abgabensatz gilt)“,

- nach der Tarifstelle 715 folgende neue Tarifstelle 716 einzufügen:

Tarifstelle (TS)	Güterart und Geltungsbereich	Für Güter der Güterklasse			
		I/II Pf	III/IV Pf	V Pf	VI Pf
„716	Futtermittel (Gkl. V: Nr. 1712, 1720, 1792) im Durchgangsverkehr von Häfen an der Donau zum Rhein – befristet bis zum 31. Dezember 2000 –	–	–	0,400	–“,

- in der Tarifstelle 720 (Raps, Sonnenblumenkerne) folgender Klammersatz hinzuzufügen:
„(soweit nicht Tarifstelle 724 – Raps, Sonnenblumenkerne – ein niedrigerer Abgabensatz gilt)“,

- nach der Tarifstelle 723 folgende neue Tarifstelle 724 einzufügen:

Tarifstelle (TS)	Güterart und Geltungsbereich	Für Güter der Güterklasse			
		I/II Pf	III/IV Pf	V Pf	VI Pf
„724	Raps, Sonnenblumenkerne (Gkl. III: Nr. 1811) im Durchgangsverkehr von Häfen an der Donau zum Rhein – befristet bis zum 31. Dezember 2000 –	–	0,400	–	–“,

- in der Tarifstelle 802 (Benzin, Diesel, Heizöl) die Worte „Untertürkheim (Neckar-km 187)“ zu ändern in „Kochendorf (Neckar-km 104)“.

§ 2

Dieser Nachtrag tritt mit Wirkung vom 1. August 1999 in Kraft.

Bonn, den 26. August 1999
LS 25/28.03.10-20

Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen
Im Auftrag
Dr. V o g t

(VkBl. 1999 S. 633)

Wasserstraßen

Nr. 156 Standardleistungskatalog für den Wasserbau (STLK) Leistungsbereich 216, Ausgabe Juni 1999

Bonn, den 5. August 1999
EW 23/70.15.03-17/35 BAW 99

Wasser- und Schifffahrtsdirektionen

BfG

BAW

nachrichtlich:

BRH

Wirtschaftsbehörde

der Freien und Hansestadt Hamburg

– Amt für Strom- und Hafenbau –

Standardleistungsbeschreibungen – Wasserbau

Standardleistungskatalog für den Wasserbau (STLK),
Leistungsbereich 216, Stahlwasserbau – Ausgabe Juni 1999

Anlage: Übersicht über den STLK

Die Arbeitsgruppe „Standardleistungsbeschreibungen im Wasserbau“ hat den Standardleistungskatalog für den Wasserbau für Stahlwasserbau, Leistungsbereich 216 (STLK LB 216), Ausgabe Juni 1999, erarbeitet.

Die Überarbeitung des STLK LB 216 war zur Anpassung an die aktuelle technische Entwicklung erforderlich.

Der LB 216 des STLK, Ausgabe Juni 1999, wird hiermit für den Geschäftsbereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes eingeführt. Er ist bei der Aufstellung von Leistungsbeschreibungen für alle einschlägigen Bauleistungen zugrunde zu legen.

Ich bitte, mir bis 31. Dezember 2000 Ihre Erfahrungen bei der Anwendung des STLK LB 216, Ausgabe Juni 1999, mitzuteilen.

Die Druckfassung des STLK LB 216 wird von der Drucksachenstelle bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte, Postfach 63,07, 30063 Hannover, vorrätig gehalten. Der STLK LB 216 kann für die Verarbeitung mit AVA-Programmen auf Datenträger bei der Bundesanstalt für Wasserbau, Postfach 21,02,53, 76152 Karlsruhe, bezogen werden.

Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen

Im Auftrag
T z s c h u c k e

Standardleistungskatalog für den Wasserbau (STLK)
– Übersicht über den STLK für den Wasserbau –
Stand: Juli 1999

LB-Nr.	LB-Bezeichnung	Ausgabe
202	Technische Bearbeitung	01/92
203	Baugrunderschließung und Bohrarbeiten	10/98
204	Baustelleneinrichtung und -räumung	11/87
205	Erdarbeiten	07/92
206	Nassbaggerarbeiten	01/87
207	Landschaftsbau	07/83
208	Wasserhaltung	04/89
209	Baugrubenverbau, Baugrundverbesserung	08/98
210	Böschungs- und Sohlensicherungen	08/90
211	Lebendbau	07/83
212	Dränarbeiten in der Landwirtschaft	08/82
213	Wasserbereitstellung für Feldberegnung	12/83
214	Spundwände, Pfähle, Verankerungen	05/90
215	Wasserbauwerke aus Beton und Stahlbeton	04/99
216	Stahlwasserbau	06/99
217	Ausrüstung von Wasserbauwerken	11/87
218	Korrosionsschutz im Stahlwasserbau	01/94
220	Kathodischer Korrosionsschutz im Stahlwasserbau	11/95
230	Stundenlohnarbeiten	08/90

Der Standardleistungskatalog für den Wasserbau kann bezogen werden bei:

Druckfassung

Drucksachenstelle bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte, Postfach 63 07, 30063 Hannover, Tel. 05 11/91 15-0, Fax 05 11/91 15-4 00

Fassung auf Datenträger

Bundesanstalt für Wasserbau, Postfach 21 02 53, 76152 Karlsruhe, Tel. 07 21/97 26-0, Fax 07 21/97 26-45 40

(VkBl. 1999 S. 634)